

Veröffentlichungen der Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* des
Forschungsschwerpunktes *Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse* des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

FS III 99 - 408

Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland

Petra Böhnke
Jan Delhey

Juni 1999

Abteilung „Sozialstruktur und
Sozialberichterstattung“
im Forschungsschwerpunkt III

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
• Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin
Telefon 030 - 25 491 - 0

Abstract

Mit dem vorliegenden Arbeitspapier wird der auf Townsend zurückgehende relative Deprivationsansatz auf die Untersuchung von Lebensstandard und Armut in Deutschland angewendet. Es wird analysiert, welche Vorstellungen die Deutschen in Ost und West von einem angemessenen Lebensstandard haben und welchen Lebensstandard sie tatsächlich realisieren. Auf diesem Wege läßt sich zeigen, wie groß der Anteil der Bevölkerung ist, der von einem als Mindestanforderung definierten Lebensstandard ausgeschlossen ist, welche soziodemographischen Gruppen davon besonders betroffen sind, und ob die Ostdeutschen, wie es die These der transformationsbedingten Umbruchsarmut nahelegt, im vereinten Deutschland in besonderem Maße von Deprivation und Armut betroffen sind. Durch die Kombination des direkten Meßansatzes mit dem indirekten Einkommensansatz können drei Armutslagen herausgestellt werden, die in unterschiedlichem Maße Benachteiligung bedeuten: Einkommensarmut, Versorgungsarmut und doppelte Armut, die durch gravierende Unterversorgung und zugleich durch Einkommensarmut gekennzeichnet ist. Diese drei Armutslagen unterscheiden sich auch in ihrem subjektiven Wohlbefinden voneinander; Lebenszufriedenheit und gesellschaftliche Integration werden bei doppelter Armut deutlich schlechter bewertet. Die Analysen beruhen auf Daten des Wohlfahrtssurvey 1998.

Based on Townsend's concept of relative deprivation, this paper deals with standard of living and poverty in Germany. What do the Germans in East and West regard as necessities for a decent standard of living? And how does their actual standard of living look like? It is analyzed whether a worth mentioning part of the population is excluded from a decent standard of living, which socio-demographic groups are most vulnerable to deprivation, and whether East Germans are especially affected by deprivation and poverty, as the thesis of 'transition poverty' suggests. By combining the direct (via standards of living) and indirect (via incomes) measurement of poverty, we can distinguish three poverty positions: income poverty, deprivation, and double poverty, which means very low income together with a strongly restricted standard of living. These three poverty positions can also be distinguished by their different levels of subjective well-being: satisfaction with life in general and with social integration is much lower if people live in double poverty. Data base is the German Welfare Survey 1998.

Inhalt

1	Armut im Wohlstand: Gesellschaftsdiagnosen	3
2	Armutskonzepte und ihre methodische Umsetzung	7
3	Lebensstandard in Deutschland	11
3.1	Zufriedenheit mit dem Lebensstandard	11
3.2	Realisierter Lebensstandard	13
3.3	Lebensstandarddefinitionen verschiedener Gruppen	15
4	Deprivation und Armutslagen	19
4.1	Der proportionale Deprivationsindex	19
4.2	Das Ausmaß von Deprivation	21
4.3	Einkommensarmut und Deprivation im Vergleich	24
4.4	Armutslagen und subjektives Wohlbefinden	31
Fazit	33
Anmerkungen	35
Anhang	36
Literatur	38

1 Armut im Wohlstand: Gesellschaftsdiagnosen

Deutschland zählt ohne Zweifel zu den wohlhabendsten Gesellschaften. Das westdeutsche Wirtschaftswunder und die nachfolgenden Jahrzehnte brachten immense Steigerungen von Einkommen, Vermögen und Lebensstandard, eine Entwicklung, die Miegel (1983) als "verkannte Revolution" bezeichnet hat. Massenwohlstand und Massenkonsum haben auf der individuellen Ebene zu einer Ausweitung von Handlungsmöglichkeiten und Optionen geführt. Annehmlichkeiten und Aktivitäten wie Auto, Telefon oder Fernreisen, die früher nur einem kleinen Personenkreis vorbehalten waren, kann sich eine ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung leisten. Heute erleben wir dieselben Prozesse mit Computern und Mobiltelefonen. Die Demokratisierung des Konsums ist gleichzeitig ein stabilisierendes Element einer Massendemokratie. Die westlichen Gesellschaften mit ihren Basisinstitutionen Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat waren in historisch einmaliger Form darin erfolgreich, breite Schichten am wachsenden Wohlstand teilhaben zu lassen (vgl. Zapf 1994). Ihre Bevölkerungen zeichnen sich nicht nur durch hohe Lebenszufriedenheit, sondern auch durch ein relativ hohes Maß an politischer Stabilität und Systemvertrauen aus.

Trotz der "Wohlstandsexplosion" (Geißler 1992: 38) sind Lebensbedingungen und -chancen unterschiedlich verteilt. Dies wird insbesondere dann zur "ärgerlichen Tatsache" (Dahrendorf), wenn ein Teil der Bevölkerung an den gesellschaftlichen Erträgen nicht oder nur unzureichend partizipiert; genauer: wenn die Lebensverhältnisse eines Teils der Gesellschaft bestimmte Mindestanforderungen an ein angemessenes Leben unterschreiten. Der Wohlfahrtsstaat und die Ausweitung sozialer Sicherung, in historischer Sicht eine erfolgreiche Antwort auf die drängende soziale Frage, hat Armut, prekäre Lebenslagen und Deprivation zwar quantitativ deutlich verringert und qualitativ verändert, aber nie beseitigen können.

Die öffentliche Diskussion um Armut und die dahinterstehenden Armutsbilder waren in den letzten Jahrzehnten einem starken Wandel unterworfen (vgl. Schäfers 1992, Leibfried et al. 1995). Nachdem die Nachkriegsnot in Westdeutschland überwunden war und das Thema in den 60er Jahren aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwand, kehrte es in den 70er und 80er Jahren zurück: zunächst als Problem von Randgruppen eingeschätzt, dann vermehrt als gesamtgesellschaftlich relevante Thematik. Neue Armut und Zweidrittel-Gesellschaft waren die wichtigsten Schlagworte in der bundesrepublikanischen Diskussion.

Neue Armut bezeichnet ein Bündel von Merkmalen und Entwicklungen, die das Gesicht von Armut in der alten Bundesrepublik verändert haben (vgl. zusammenfassend Geißler 1992: 170ff.). Durch die sprunghaft gestiegene Arbeitslosigkeit ist zunächst die Zahl der Armen deutlich angewachsen. Arbeitslosigkeit ist dabei eine neue Armutsursache, zusätzlich zu den klassischen Ursachen wie Kinderreichtum, Alter und Alleinelternschaft. Zugleich ist die Kluft der Armen zum Lebensstandard des Bevölkerungsdurchschnitts

gewachsen. “Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer” – dies ist ein weitverbreitetes Gefühl unter den Bürgern, wie Umfragen immer wieder belegen. Weiterhin rückt mehr und mehr ins Blickfeld, daß Armut nicht (allein) ein Randphänomen ist, sondern auch zunehmend die erwerbstätige Bevölkerung trifft, eine Diskussion, die in anderen Ländern weitaus intensiver geführt wird. Die ‚working poor‘ stellen nach Freeman (1997) ein großes Problem für die Stabilität der amerikanischen Gesellschaft dar, die USA seien auf dem Weg in die “Apartheid-Wirtschaft”, so sein Aufsatztitel.

Im Zuge der Diskussion um neue Armut ist insbesondere das Bild der *Zweidrittelgesellschaft* (Natter & Riedlsperger 1988) in Medien und öffentlicher Wahrnehmung populär geworden: die Annahme also, zwei Drittel der Bundesdeutschen lebten in sicheren Verhältnissen, während ein Drittel – dauerhaft - von der Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand mehr oder weniger ausgeschlossen ist. Diese These ist von zwei Seiten kritisiert und modifiziert worden. Die dynamische Armutsforschung (Leibfried et al. 1995; Habich/Headey/Krause 1991) konnte nachweisen, daß Armut in den selteneren Fällen eine dauerhafte Erfahrung ist. Es gehöre vielmehr zum Erscheinungsbild moderner Armut, daß Menschen aufgrund bestimmter Ereignisse für einen kurzen Zeitraum von ihr betroffen sein können, sich dann aber wieder aus ihr befreien. Habich/Headey/Krause prägten angesichts der Bewegungen zwischen den Einkommenspositionen die Formel der 75:15:10-Gesellschaft, in der in einem Betrachtungszeitraum von fünf Jahren nur zehn Prozent längerfristig arm gewesen waren. Auch Querschnittsuntersuchungen ergaben, daß der Anteil der in wirklich schlechten Verhältnissen und von Ausgrenzung und Stigmatisierung bedrohten Bevölkerung mit einem Drittel zu groß veranschlagt wird. Eher sei das Bild einer 90:10-Gesellschaft zutreffend (Andreß 1997). Allerdings verweist Hübinger (1999) darauf, daß es über der Armutsgrenze eine Zone des “prekären Wohlstands” gibt, in der die Menschen zumindest armutsgefährdet sind und aus der es immer wieder zu Abstiegen kommt. Becker & Hauser (1997) kommen aufgrund von Einkommensstudien zu dem Schluß, “... daß ungefähr ein Fünftel der Bevölkerung in einer sehr prekären Einkommenssituation bzw. am Rande oder unterhalb des Existenzminimums lebt, während ungefähr vier Fünftel den mittleren und oberen Bereichen der Einkommenspyramide angehören” (Becker & Hauser 1997: 11).

In jüngster Zeit wird Armut häufig mit Prozessen der *Exklusion* in Verbindung gebracht, am deutlichsten wohl im (amerikanischen) Konzept der *Underclass*. Generell geht es in der Exklusions-Debatte um das Problem, daß Arme nicht nur materiell, sondern umfassend vom normalen gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind. Dieses Konzept beinhaltet ökonomische, soziale, politische, rechtliche und kulturelle Dimensionen, wobei eine einheitliche Definition erst noch gefunden werden muß (vgl. Silver 1994). Angesichts zunehmender Ghettoisierung in amerikanischen Städten stellte Wilson (1987) mit dem Begriff der ‚Underclass‘ darauf ab, daß die armen Bevölkerungsteile vom Erwerbssystem abgeschottet, räumlich und sozial isoliert sind (vgl. auch Gans 1992). Weiterhin impliziert der Begriff eine Dauerhaftigkeit des Ausgegrenzt-Seins und eine gewisse generationenübergreifende Geschlossenheit (Hauser 1999). Für die Bundesrepublik verneint Andreß (1997: 29) jedoch das Vorhandensein einer Underclass: “Die berichteten Forschungsergeb-

nisse geben zur Dramatisierung keinen Anlaß.” Es sei noch keine Underclass entstanden, die nicht nur durch eine marginale ökonomische Position, sondern auch durch soziale Isolation gekennzeichnet sei. Generell ist anzumerken, daß Exklusion nach unserem Verständnis nicht mit Armut gleichzusetzen ist. Armut fördert sicherlich das Risiko, ausgeschlossen zu sein; jedoch kann Exklusion noch andere Ursachen haben.

Die neuen Bundesländer befinden sich, was Fragen der Lebensbedingungen und Wohlstandsverteilung angeht, in doppelter Weise in einer Sondersituation. Die sozialistischen Gesellschaften waren allenfalls eingeschränkt Massenkongsumgesellschaften. Mit dem Sturz des DDR-Regimes und der anschließenden Transformation verbanden sich auch Hoffnungen auf spürbare Verbesserungen des Lebensstandards und der Versorgungslage, die sich für weite Teile der Bevölkerung erfüllt haben. Maßstäbe der Erwartungen waren und sind dabei die Verhältnisse in Westdeutschland, und die Politik hat explizit das Ziel der Angleichung der Lebensbedingungen formuliert. Im Laufe der 90er Jahre ist der Wohlstandsrückstand des Ostens geschrumpft, ein Abstand aber nach wie vor vorhanden. Mit der Wiedervereinigung hat auch die deutsche Armutsdiskussion eine neue Facette bekommen: *Umbruchsarmut*, also durch den Umbruch vom Staatssozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft verursachte Armut, wird in den neuen Bundesländern v.a. durch den massiven Beschäftigungsabbau hervorgerufen. “Die vergleichsweise geringen DDR-Tarife als Bemessungsgrundlage für Lohnersatzleistungen führten neu zur Verarmung von weiteren Menschen [zusätzlich zu den Problemgruppen der DDR-Zeit, P.B. & J.D.], die sich bislang durch ihre eigene Arbeit vor Armut bewahren konnten. Von dieser Umbruchsarmut wurden nicht nur Niedrigverdiener oder gering Qualifizierte betroffen. Dazu zählten vor allem dauerhaft aus der Erwerbsbeteiligung Ausgegrenzte wie Vorruheständler, aber auch Facharbeiter und höher Qualifizierte aus ehemals monostrukturellen Wirtschaftsregionen (...) sowie Personen, deren Tätigkeiten und Berufe auf Grund von Rationalisierung nicht mehr verwertbar sind” (Haupt 1998: 49f.). Wegen der hohen Arbeitslosigkeit sei eine gespaltene Gesellschaft in Ostdeutschland entstanden, eine Zweidrittelgesellschaft “mit umgekehrten Vorzeichen” (Vogel 1999). Bezogen auf die Arbeitsmarktintegration mag diese Diagnose – ein Drittel sicher integriert, zwei Drittel nicht – vielleicht zutreffen; bezogen auf Armut sicherlich nicht. Auch wenn die Ostdeutschen nach der Wende anfangs tatsächlich ein deutlich höheres Armutsrisiko hatten, haben sich im Laufe der 90er Jahre die Armutsquoten im Osten an die im Westen angenähert (Krause 1995, Hanesch u.a. 1995) – ein Ergebnis umfangreicher Sozialtransfers und gestiegener Einkommen in den neuen Bundesländern. “Aus dem breit streuenden Massenphänomen [Einkommensarmut, P.B. & J.D.] wird ein zunehmend sozialstrukturiertes Problem” (Hanesch et al. 1995: 47).

Die Debatte um Armut in Deutschland wird also mit zwei zunehmend zusammenlaufenden Stoßrichtungen geführt: neue Armut und gespaltene Gesellschaft einerseits, das Sonderproblem des Umbruchs in Ostdeutschland andererseits. Beide Debatten sind auch an Gerechtigkeitsdiskurse geknüpft: Armut in einem reichen Land wie Deutschland gilt wohl den meisten Menschen als nicht akzeptables Übel, während die Situation in Ostdeutschland überdies unter dem Sonderaspekt der Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Ost und West diskutiert wird.

In dem vorliegenden Arbeitspapier beschäftigen wir uns mit der Messung von Armut und Deprivation in Ost- und Westdeutschland unter diesen beiden Gesichtspunkten: dem Ausmaß von materieller Unterversorgung in einer Wohlstandsgesellschaft wie Deutschland und der Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Ost und West. Unsere empirischen Analysen beruhen dabei auf einem Konzept, mit dem wir eine Differenzierung der Armutsmessung anstreben. Wir stellen das Konzept der relativen Deprivation in den Mittelpunkt, mit dem materieller Lebensstandard anhand der tatsächlichen Verfügbarkeit bestimmter Konsumgüter in einem Haushalt gemessen wird. Anschließend verbinden wir dieses Konzept mit dem der Einkommensarmut. Für die folgende Untersuchung wollen wir unsere Grundbegriffe wie folgt definieren:

Als *Einkommensarmut* bezeichnen wir die Position einer Person oder eines Haushalts in der Einkommensverteilung der Gesamtbevölkerung unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze. Befragte, die mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Netto-Haushaltseinkommens auskommen müssen, zählen zu den Einkommensarmen. Als *relative Deprivation* bezeichnen wir die Unterversorgung einer Person oder eines Haushalts mit materiellen und immateriellen "Gütern", die in einer Gesellschaft als notwendig für einen angemessenen Lebensstandard erachtet werden. Als *doppelte Armut* bezeichnen wir die deutlich benachteiligte Lebenslage einer Person oder eines Haushalts, die sowohl durch Ressourcenschwäche (Einkommensarmut) als auch einen mangelhaften Lebensstandard (relative Deprivation) gekennzeichnet ist.

Zentrale Fragen unserer Untersuchung sind:

- Was gilt in der Bevölkerung als angemessener Lebensstandard, und wie ist der so definierte Lebensstandard in Deutschland verteilt?
- Lassen sich durch die Verbindung verschiedener Meßkonzepte Armutslagen unterscheiden, die auf je spezifische Weise von Armut und kumulierter Benachteiligung betroffen sind?
- Wie groß ist der Anteil der Bevölkerung, der als *doppelt arm* zu bezeichnen ist, und welche Gruppen sind am stärksten von Armut und/oder Deprivation betroffen?
- Läßt sich das Phänomen der Umbruchsarmut in den Neuen Bundesländern noch nachweisen oder sind die Verarmungsrisiken in Ost und West mittlerweile von gleicher Struktur?

Datengrundlage ist der Wohlfahrtssurvey 1998, der als bewährtes Instrument der Sozialberichterstattung objektive Lebensbedingungen und subjektive Bewertungen der Deutschen repräsentativ erfaßt. Der 98er-Wohlfahrtssurvey enthält erstmals Fragen, die das Konzept der relativen Deprivation empirisch umsetzen. Allerdings ist der Wohlfahrtssurvey in seiner Gesamtanlage *nicht* als Armutsumfrage angelegt, sondern verfolgt das Ziel, die Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland für die Gesamtgesellschaft zu erfassen. Ein weiterer Hinweis betrifft eine generelle Schwäche von Bevölkerungsumfragen: Problemgruppen wie Obdachlose werden systematisch "übersehen", so daß das Ausmaß von Armut eher

unterschätzt wird. Eine dritte Einschränkung betrifft die Anlage des Wohlfahrtssurveys als Individualbefragung; es wird zwar auch der Haushaltskontext erhoben, doch die hauptsächliche Analyseebene sind Personen. Befragt wurden insgesamt 3042 Personen, davon 2007 in Westdeutschland, 1035 in Ostdeutschland.

Der Aufbau des Papiers ist folgendermaßen: Zunächst geben wir einen Überblick über Armutskonzepte und ihre methodische Umsetzung (Abschnitt 2). Abschnitt 3 und 4 dienen der empirischen Beschreibung und Erklärung von Armut in Deutschland. Ausgehend von gesellschaftlichen Standards können wir anhand eines Deprivationsindex Ausmaß und Verteilung von Unterversorgung beschreiben und darüber hinaus analysieren, inwieweit sich verschiedene Formen von Armut voneinander abgrenzen lassen. Ergänzend gehen wir auf das subjektive Wohlbefinden der Personen in unterschiedlichen Armutslagen ein. Der Schlußabschnitt dient, mit Blick auf die eingangs vorgestellten Gesellschaftsdiagnosen, der Bilanz und Formulierung weitergehender Forschungsfragen.

2 Armutskonzepte und ihre methodische Umsetzung

Georg Simmel hat bereits darauf aufmerksam gemacht, daß Armut eine Kategorie sei, die auf gesellschaftlichen Zuschreibungen beruhe (Simmel 1908). Analysen zu Armut und Deprivation sehen sich deshalb zunächst einem sozialpolitisch relevanten Definitionsproblem ausgesetzt: Die Sensibilität für Armutfragen hängt von kulturell und historisch geprägten Werturteilen über Wohlstand und angemessenen Lebensstandard ab. Wohlfahrtsstaatliche Instrumentarien operieren mit festgelegten Grenzen, die Menschen als arm einstufen oder nicht. Auch empirische Forschung muß Schwellen innerhalb eines Kontinuums festlegen, um Unterversorgung und "normalen" Lebensstandard voneinander trennen zu können. Je weniger transparent, um so angreifbarer sind diese Kategorien. Angesichts des breiten öffentlichen und politischen Interesses bleibt es nicht aus, daß man sich mit der einen oder anderen Grenzziehung dem Vorwurf der Verharmlosung oder Dramatisierung aussetzt. Wir folgen dem von Michael M. Zwick formulierten Anliegen, von "...voreiligen Moralisierungen Abstand zu nehmen und (...) einen nüchternen Blick auf die empirische Problemlage zu werfen" (Zwick 1994: 10).

Eine erste Unterteilung läßt sich zunächst in absolute vs. relative Ansätze vornehmen. *Absolute Armutskonzepte* definieren normativ eine Grenze, ab der Bedürftigkeit und physische Existenzgefährdung unterstellt wird. Ein Ansatz, der Armut als Existenzbedrohung durch Hunger, Kälte und Krankheit definiert, kann jedoch für hochentwickelte Wohlstandsgesellschaften kaum mehr angewendet werden (Hauser 1997b: 529). *Relative Ansätze* hingegen setzen Armut ins Verhältnis zum durchschnittlichen Lebensstandard der

Bevölkerung. Es wird unterstellt, daß sich die Standards und damit auch die Armutsgrenzen im Laufe der Zeit verändern, es somit ungeachtet des Wohlstandsniveaus einer Gesellschaft immer eine Gruppe von Armen und Exkludierten gibt (Piachaud 1992; Hübinger 1996). Dies kann auf vielfältige Art und Weise operationalisiert werden: über das Einkommen, über materielle Ressourcen, über Unterversorgung in anderen Lebensbereichen, z.B. Wohnen, Bildung, Gesundheit, sowie über das subjektive Empfinden, am normalen gesellschaftlichen Leben nicht teilzuhaben.

Relative Armut wird überwiegend als *Einkommensarmut* bestimmt. Sie mißt sich wahlweise am Sozialhilfebezug oder an einer 60-, 50- oder 40-Prozent-Schwelle eines mittleren durchschnittlichen Haushaltseinkommens. Einkommen wird als notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Erfüllung von Grundbedürfnissen und das Erreichen eines sozio-kulturellen Existenzminimums angesehen (Hauser 1997a: 71). Die Wahl der Schwellenwerte ist dabei willkürlich und nicht ohne Rückgriff auf Werturteile zu begründen. Unberücksichtigt bleiben bei diesen Messungen Einkünfte, die dem Haushalt nicht regelmäßig zur Verfügung stehen, z.B. Erbschaften oder Vermögen jeglicher Art. Ebenso kann anhand der monatlichen Einkünfte nicht ermessen werden, wie sie sich proportional zu den Haushaltsbelastungen verhalten. Schulden, Ratenzahlungen, Pflegefälle o.ä. können die Normalausgaben eines Haushaltes in die Höhe schnellen lassen. Mit Äquivalenzskalen lassen sich zumindest unterschiedliche Haushaltszusammensetzungen statistisch berücksichtigen (Faik 1997). Über die Partizipation am Einkommen bzw. die Aufteilung der Ressourcen innerhalb eines Haushaltes können jedoch kaum Aussagen gemacht werden.

Armut als Einkommensarmut ist in der jüngeren Armutsforschung durch mehrere innovative Konzepte differenziert und ergänzt worden. So werden zum Beispiel auch subjektive Einschätzungen der Befragten über ein erforderliches Mindesteinkommen als Schwellenwerte benutzt. Die Kritik an der Messung von Armut über das erhobene monatliche Haushaltseinkommen bündelt sich darin, daß die tatsächliche Verwendung der finanziellen Ressourcen im Dunkeln bleibt; es werde implizit unterstellt, daß "... bei ausreichender Verfügbarkeit materieller und monetärer Ressourcen alle relevanten Lebenschancen gesichert sind" (Hübinger 1996: 60; ähnlich Andreß & Lipsmeier 1995). Mit dem auf Otto Neurath und Gerhard Weisser zurückgehenden Lebenslagen-Ansatz wird der Versuch unternommen, diese Beschränkung aufzuheben, indem auf multiple Dimensionen von Armut abgestellt wird: Neben dem Einkommen werden auch in anderen Lebensbereichen – z.B. Ernährung, Gesundheit, Wohnverhältnisse, Freizeit, Bildung – Unterversorgungsgrenzen definiert (Glatzer & Hübinger 1990; Schott-Winterer 1990; Landua & Habich 1994; Habich 1996). Über die zu integrierenden Dimensionen eines solchen Lebenslagen-Konzeptes steht ein Konsens jedoch bislang noch aus (Hauser 1995: 4). Auch hier setzt die Definition von Unterversorgungslagen eine normative Entscheidung voraus. Es bleibt unklar, welche Kompensationsmöglichkeiten vorhanden sind, um Benachteiligungen in bestimmten Bereichen aufzufangen, oder welcher Verzicht freiwillig, welcher strukturell bedingt ist (Andreß & Lipsmeier 1995: 36).

Aus Großbritannien stammt eine andere, auch Exklusionskonzepten nahestehende Forschungstradition. In Anlehnung an Townsend (1979) wird Armut als Mangel der notwendigen Dinge definiert, die Menschen zur Aufrechterhaltung einer normalen Teilnahme am gesellschaftlichen Leben brauchen. *Relative Deprivation* als Einschränkung eines allgemein gültigen Lebensstandards bemißt sich an durchschnittlichen Versorgungsniveaus verschiedener Bevölkerungsschichten. Die Definition eines notwendigen Lebensstandards ergibt sich per Umfrage: Anhand einer Liste mit verschiedenen Indikatoren geben die Befragten an, ob bestimmte Güter oder auch Aktivitäten ihrer Meinung nach zum Leben dazugehören sollten oder nicht. Empirische Umsetzung fand dieses Konzept zum Beispiel in der Umfrage „Breadline Britain“, die 1983 und 1990 durchgeführt wurde und gegenwärtig mit einem ausgeweiteten methodischen Ansatz im Feld ist (Gordon & Pantazis 1997; Bradshaw et al. 1998). Für Deutschland sind erstmals 1994 mit der Studie „Armut in Deutschland“ 3600 Haushalte und 700 Sozialhilfeempfänger befragt worden (Andreß & Lipsmeier 1995). Die Definition eines angemessenen Lebensstandard durch die Befragten hat den Vorteil, daß sich die Expertenmeinung auf die Vorgabe einer Itemliste beschränkt. Dennoch ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch damit eine erhebliche Definitionsmacht beim Forschungsteam verbleibt. Die Auswahl aufzunehmender Indikatoren, anhand derer die notwendigen Dinge, die zum Leben eines Menschen dazugehören sollten, bestimmt werden, beeinflussen das empirisch meßbare Ausmaß von Deprivation. Neben materiellen Dingen des alltäglichen Bedarfs wurden in der deutschen Umfrage auch die Wohnungsversorgung, Zahlungsfähigkeit, Freizeitverhalten, Sozialkontakte, Qualifikationen und Gesundheit, bei Erwerbsspersonen auch Merkmale wie Arbeitsplatzsicherheit integriert (Andreß & Lipsmeier 1995: 39). Die unserer Analyse zugrundeliegenden Daten des Wohlfahrtssurveys 1998 beschränken sich hingegen weitgehend auf langlebige Konsumgüter und kontinuierliche finanzielle Vorsorgemöglichkeiten im Bereich der sozialen Sicherung. Damit weichen wir den oben aufgezeigten Problemen eines Lebenslagen-Ansatzes aus und stellen mit der im Mittelpunkt stehenden Ressourcenverwendung die Komplementarität zur Einkommensarmut her. Wir beschränken uns explizit auf den sozio-ökonomischen Gehalt von Armut.

Trotz aller Vorzüge läßt sich auch an diesem Deprivationsansatz Kritik üben (Piachaud 1992). So ist es nicht klar, ob ein Haushalt, selbst wenn er angibt, sich bestimmte Dinge nicht leisten zu können, nicht doch andere Güter besitzt, die von der Gesamtbevölkerung durchaus nicht zu den Mindestanforderungen an den Lebensstandard gezählt werden. Bei der Indexerstellung kann zwar durch Gewichtungsfaktoren gewissen lebensphasentypischen Bedürfnissen Rechnung getragen werden; milieutypische Differenzierungen in den Ansprüchen an ein lebenswertes Leben hingegen können nicht erfaßt werden. Mit der Konstruktion von Indizes und der Entscheidung über Grenzwerte verbleibt das Urteil über das, was als Unterversorgung gilt, selbstredend bei den empirisch Forschenden. Ebenfalls von Kontroversen geprägt ist die Diskussion um einen Schwellenwert, der Deprivation in Armut umschlagen läßt. Für Andreß & Lipsmeier beginnt Armut dann, „... wenn das Ausmaß der Deprivation so groß ist, daß der Lebensstil bzw. die Lebenschancen der betreffenden Person erheblich beeinträchtigt sind“ (Andreß & Lipsmeier 1995: 36). Um

Aussagen über Armut machen zu können, ist also eine Anlehnung an andere, vermeintlich validere Indikatoren für die Ungleichverteilung von Lebenschancen von Nöten. Auch hier eröffnet sich ein weites Feld der Spekulation über die Aussagekraft von Einkommensgrenzen, subjektiver Bewertung der Individuen über ihren gesellschaftlichen Status und unzureichenden Lebensstandard.

Jüngere Armutforschung hat insbesondere die *Dynamik von Armutsverläufen* in den Mittelpunkt gestellt (vgl. Leibfried et al. 1995; Leibfried & Voges 1992; Ludwig/Leisering/Buhr 1995; Hübinger 1996; Habich/Headey/Krause 1991; Habich & Krause 1995). Die vor dem Hintergrund von Individualisierungsprozessen und Pluralisierung von Lebenslagen angenommene Vervielfältigung von Wegen in die Armut wurde mit Längsschnittdaten eindrucksvoll nachgewiesen. Die Dauer und Anzahl von Armutsepisoden im Laufe eines Lebens kann sehr unterschiedlich sein, und die Annahme, ein Absinken unter die Armutsgrenze wäre unumkehrbar, hat sich nicht bestätigt. Vielmehr können bestimmte Lebensphasen und -ereignisse, zum Beispiel Statuspassagen von der Ausbildung in den Beruf, Familiengründung oder Scheidung, mit Armut einhergehen. Die Armutsriskien sind ebenso unterschiedlich verteilt wie die Chancen, aus Unterversorgungslagen wieder aufzusteigen. Ein wichtiges Ergebnis ist, daß der Anteil von Kurzzeitbeziehern von Sozialhilfe in den 90er Jahren gestiegen ist, der von Langzeitbeziehern gesunken. Abwärtsgerichtete „Einkommensmobilität“, also das Risiko, zeitweise unter die Armutsgrenze zu sinken, besteht vor allem in den mittleren Einkommenspositionen (Sopp 1994); Hübinger (1999) macht eine Sphäre prekären Wohlstands aus, die zwischen 50 und 75 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens liegt.

In unserer empirischen Analyse favorisieren wir ein Meßkonzept von Armut, das zwei Ansätze miteinander verbindet: Mit dem Einkommen einerseits und der größtenteils konsumgüterbasierten Lebensstandardmessung andererseits stützen wir uns auf Indikatoren, die sowohl die verfügbaren Ressourcen (indirekte Messung von Armut) als auch die Ressourcenverwendung (direkte Messung von Armut) im Blick haben. Wir teilen die oben referierte Kritik an dem einen wie dem anderen Meßkonzept. Die Vorteile unserer Vorgehensweise sind jedoch schnell benannt: Wir können Bezug nehmen auf die einkommensbasierte relative Armutsmessung und diese differenzieren. Wir integrieren, indem wir einen gesellschaftlich als angemessen betrachteten Lebensstandard durch die Befragten definieren lassen, eine subjektive Dimension. Dabei tragen wir lebensphasenspezifischen und gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen Rechnung. Letztlich werden wir durch die Überlagerung beider Meßkonzepte anhand der sich ergebenden Schnittmenge zwischen Einkommensarmut und Deprivation verschiedene Armutslagen und Kompensationseffekte erkennen können.

3 Lebensstandard in Deutschland

3.1 Zufriedenheit mit dem Lebensstandard

Der *Lebensstandard* einer Person umfaßt zunächst einmal alle Güter und Dienstleistungen, die sie erwerben bzw. nutzen kann. Dies können prinzipiell Marktgüter oder öffentliche Güter sein. Der resultierende Lebensstandard einer Person ist nicht nur von den individuellen Ressourcen abhängig, sondern auch vom Haushaltskontext und sozialen Netzwerken (vgl. Friedrich 1987: 868).

Bevor wir den Lebensstandard der Deutschen detailliert untersuchen, interessiert uns zunächst die generelle *Zufriedenheit* mit dem, was man hat oder sich leisten kann. Die subjektiven Bewertungen auf einer 0 - 10-Skala deuten auf weitverbreitet hohe Zufriedenheiten hin (vgl. Tabelle 1). Nur sehr wenige Befragte in West wie Ost wählen untere Skalenwerte (0 - 4), die überwiegende Mehrheit obere. In Westdeutschland ist dabei der Anteil der "Hochzufriedenen" (Skalenwerte 9 und 10) deutlich höher als im Osten. Im Mittel ergibt sich so eine höhere Zufriedenheit in den alten Bundesländern, bei allerdings schrumpfendem Abstand, der auf Zufriedenheitszuwächse im Osten zurückzuführen ist (vgl. Spellerberg 1997: 441ff.). 1991 betrug der Abstand 1,4 Skalenpunkte (7,3 West zu 5,9 Ost), 1993 1,1 Skalenpunkte (7,3 zu 6,2), jetzt 0,7 Skalenpunkte (7,4 zu 6,7). Das subjektive Wohlbefinden der Ostdeutschen nähert sich in diesem Bereich also an das der Westdeutschen an.

Zu einer positiven Bewertung kommen die Deutschen auch, wenn sie über die Grenzen schauen. Darum gebeten, die Lebensbedingungen in verschiedenen europäischen Ländern zu benoten (vgl. Tabelle 2), stufen die Westdeutschen die Verhältnisse in den alten Bundesländern im Schnitt besser ein als in Frankreich und deutlich besser als in Italien und Spanien (und ebenfalls deutlich besser als in den neuen Bundesländern). Mehr Lebensqualität bietet nach Meinung der Westdeutschen aber die Schweiz, eine praktisch genauso hohe

Tabelle 1: Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard 1998 in West- und Ostdeutschland

Skalenwert	Westdeutschland	Ostdeutschland
	in %	
0 - ganz und gar unzufrieden	0	1
1	1	1
2	1	2
3	2	4
4	4	6
5	9	12
6	11	13
7	17	22
8	28	27
9	14	8
10 - ganz und gar zufrieden	13	6
Mittelwert	7,4	6,7

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnung.

Tabelle 2: Bewertung der Lebensbedingungen in Deutschland im europäischen Vergleich (0 - 10-Skala, 10 = beste Bedingungen)

Einstufung durch die Westdeutschen	Mittelwert	Einstufung durch die Ostdeutschen	Mittelwert
Schweiz	8,5	Schweiz	8,5
<i>Westdeutschland</i>	7,7	<i>Westdeutschland</i>	8,2
Niederlande	7,6	Niederlande	7,4
Frankreich	7,0	Frankreich	6,6
Italien	6,3	<i>Ostdeutschland</i>	5,9
Spanien	6,3	Italien	5,9
<i>Ostdeutschland</i>	6,1	Spanien	5,7
Ungarn	4,7	Ungarn	4,6
Polen	3,8	Polen	3,6

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnung.

die Niederlande. Die Ostdeutschen kommen für die alten Bundesländer zu einer identischen Einordnung. Den Bedingungen in den neuen Bundesländern weisen sie einen höheren Rangplatz zu als die Westdeutschen, nämlich gleichauf mit Italien und vor Spanien.

3.2 Realisierter Lebensstandard

Um detaillierter den Lebensstandard der Deutschen zu erfassen, wurde den Befragten im Wohlfahrtssurvey 1998 eine Liste von 22 Items vorgelegt (vgl. Tabelle 3). Die Liste umfaßt sowohl Konsumgüter und Haushaltsausstattungen als auch Aktivitäten und Maßnahmen der finanziellen Vorsorge. Neben grundlegenden Dingen beinhaltet sie auch solche, die vielleicht eher als "Luxus" gelten (vgl. dazu Abschnitt 3.3). Alle abgefragten Items sind Marktgüter, also an *finanzielle Ressourcen* der Befragten gebunden. Damit tritt die Verteilungsproblematik deutlicher zu Tage, auch wenn öffentliche Güter keineswegs immer verteilungsneutral sind. Die Auswahl der Items orientierte sich an Vorgängerstudien aus Schweden, Großbritannien und Deutschland (Gordon & Pantazis 1997; Andreß 1999). Vorteil einer solchen Herangehensweise ist die alltagsnahe Messung der Lebensbedingungen in einer Vielzahl von Dimensionen.

Betrachtet man die Anteile der Personen, die sich die abgefragten Sachen und Aktivitäten leisten können ("habe ich/tue ich"), so zeigt sich in West- und Ostdeutschland das Bild einer Gesellschaft mit hohem Lebensstandard für breite Schichten. Einige Dinge, darunter Innenbad, Fernseher, Telefon und Waschmaschine, sind bei nahezu *allen* Befragten vorhanden. Eine Reihe von weiteren Annehmlichkeiten können sich immerhin mehr als zwei Drittel der Deutschen leisten. Einen Verbreitungsgrad von unter 50 Prozent haben in Westdeutschland nur der monatliche Restaurantbesuch, private Altersvorsorge, Computer (bei diesen beiden Items spielen sicherlich Alters- und Generationsfragen eine Rolle) und, mit dem deutlich niedrigsten Verbreitungsgrad, die zusätzliche private Krankenversicherung. Beim innerdeutschen Vergleich spiegelt sich einerseits der Aufholprozeß der neuen Bundesländer wider, der z.B. bei der Telefonversorgung doppelt bis dreimal so schnell verlaufen ist wie seinerzeit die Entwicklung in Westdeutschland (vgl. Habich & Zapf 1999: 45). Andererseits sind die objektiven Lebensverhältnisse im Westen, von den grundlegenden Ausstattungsmerkmalen einmal abgesehen, nach wie vor etwas besser, wie auch die durchschnittlichen Löhne und Einkommen nach wie vor höher sind. Alles in allem sind die Ost-West-Unterschiede nach dieser Lebensstandard-Liste aber nicht so groß, daß man von deutlich schlechteren Lebensbedingungen der ostdeutschen Haushalte sprechen könnte (ähnlich Andreß 1999).¹

Tabelle 3: Was sich die Deutschen leisten können und was nicht

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	“Habe ich/tue ich”	“Kann ich mir nicht leisten”	“Habe ich nicht aus anderen Gründen”	“Habe ich/tue ich”	“Kann ich mir nicht leisten”	“Habe ich nicht aus anderen Gründen”
	in %					
WC oder Bad in der Wohnung	99	1	1	97	1	2
Fernseher	99	0	1	98	0	1
Telefon	98	2	1	95	2	3
Waschmaschine	96	1	3	95	1	4
Eine warme Mahlzeit am Tag	96	1	3	95	1	4
Eigenes Zimmer für jedes HH-Mitglied	89	7	5	85	6	8
Garten, Balkon oder Terrasse	87	4	10	76	5	19
Stereoanlage	80	6	14	71	7	23
Auto	79	8	12	75	11	14
Videorekorder	73	6	21	69	7	25
Mind. 100 DM/Monat sparen können	71	19	10	62	30	8
Zeitungsabonnement	68	7	25	68	8	24
Einwöchige Urlaubsreise im Jahr	68	16	17	60	21	20
Regelm. neue Kleidung kaufen können	64	15	20	54	23	23
Geschirrspülmaschine	60	10	30	33	18	49
Zahnbehandlung jederzeit möglich	61	21	17	62	23	15
Freunde zum Essen einladen	55	11	35	41	16	42
Abgenutzte Möbel durch neue ersetzen	51	18	30	41	29	30
Restaurantbesuch einmal im Monat	48	17	35	33	23	44
Private Altersvorsorge	44	25	31	29	35	36
Computer (PC)	43	10	46	35	14	51
Zusätzliche private Krankenversicherung	29	26	44	15	37	49

Die Frage im Wohlfahrtssurvey 1998 lautet: “Wenn sie an sich selbst denken, was von dieser Liste haben bzw. tun Sie, was davon haben bzw. tun Sie nicht, weil sie es sich nicht leisten können, was davon haben bzw. tun Sie aus anderen Gründen nicht?”

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnung.

Der Eindruck von Deutschland als Wohlstandsgesellschaft verstärkt sich, wenn man die *Gründe* für nicht-vorhandene Güter und Aktivitäten näher betrachtet. Hier waren zwei Antworten möglich: daß man sich etwas aus finanziellen Gründen nicht leisten kann oder daß man etwas aus anderen Gründen nicht hat oder tut. In den alten Bundesländern kann sich jeweils nur ein geringer Anteil der Bevölkerung etwas nicht leisten, maximal umfaßt dieses Segment ein Viertel der Westdeutschen (bei der privaten Altersvorsorge und der zusätzlichen privaten Krankenversicherung). Im Osten liegen diese Werte mit maximal einem Drittel der Befragten etwas höher. Dennoch wird fast immer etwas häufiger geantwortet, daß *andere Gründe* als die finanziellen ausschlaggebend sind. Das heißt: Ein überwiegender Teil *könnte* sich die Annehmlichkeiten leisten, tut dies aber nicht – sei es aus Fragen der Lebensführung, des Lebensstils oder schlicht und ergreifend, weil kein Bedarf gesehen wird. Nur bei wenigen Dingen sind die mangelnden finanziellen Mittel der Hauptgrund. Ost-West-Unterschiede treten bei der Frage, welche Dinge man sich *nicht* leisten kann, deutlich hervor. Sie betreffen vor allem Aktivitäten, die einen permanenten Einkommensüberschuß erfordern – mindestens 100 Mark im Monat sparen können, private Altersvorsorge, zusätzliche private Krankenversicherung sowie die Möglichkeit, abgenutzte Möbel durch neue zu ersetzen. In Ostdeutschland ist der Anteil derer also größer, die für solche aufwendigeren Dinge keine Mittel übrig haben.

Dieser Abschnitt war darauf gerichtet, wie gut die deutsche Bevölkerung materiell *in der Gesamtbetrachtung* gestellt ist und wie die subjektive Bewertung des Lebensstandards ausfällt. Nun untersuchen wir, welche Meßlatte die Deutschen für einen angemessenen Lebensstandard anlegen.

3.3 Lebensstandarddefinitionen verschiedener Gruppen

Das Konzept der relativen Deprivation unterscheidet sich von anderen Meßkonzepten der Armutsforschung dadurch, daß die Befragten gebeten werden, ihre Vorstellungen eines angemessenen Lebensstandards zu präzisieren. Die subjektive Einschätzung der Notwendigkeit bestimmter Konsumgüter oder Vorsorgeleistungen durch die Befragten wird zum Kernelement der Deprivationsmessung gemacht. Damit kann zwei Aspekten Rechnung getragen werden: Zum einen wird die Dominanz des Forschers bei der Definition von Armut- und Deprivationsschwellen zu einem guten Teil zurückgenommen. Die „Expertenmeinung“ über das, was einen angemessenen Lebensstandard ausmachen sollte, beschränkt sich auf die Vorgabe einer Itemliste. Zum anderen können auf diese Weise Anspruchsdiskrepanzen verschiedener Altersgruppen oder Haushaltstypen ermittelt und bei der Analyse berücksichtigt werden.

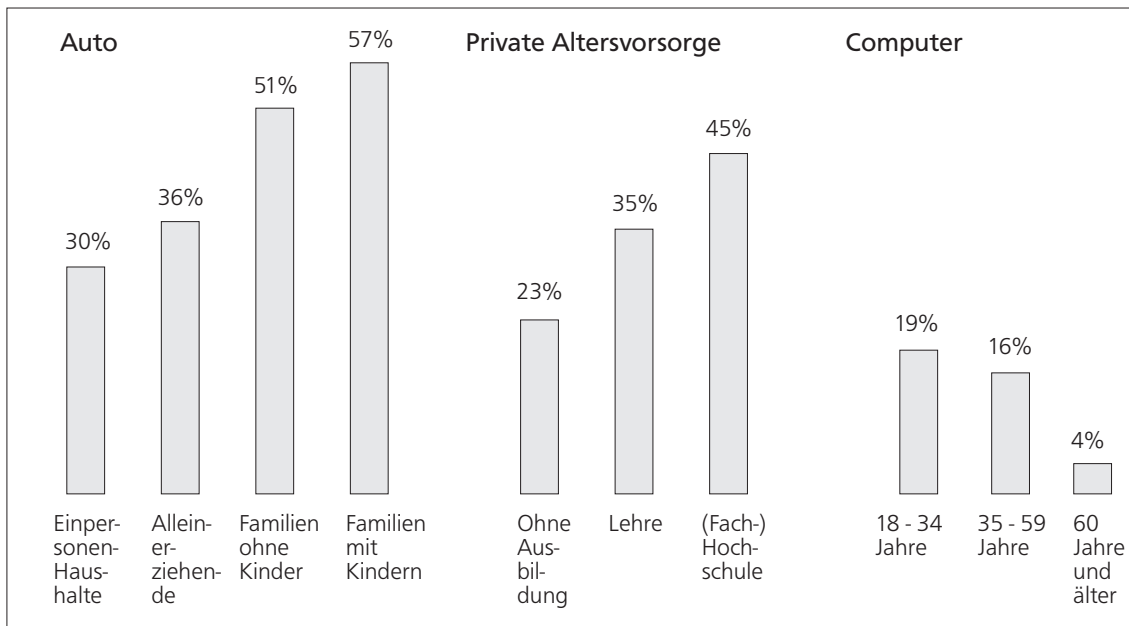
Tabelle 4: Die Einschätzung der Notwendigkeiten für einen angemessenen Lebensstandard in Ost- und Westdeutschland

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	“Unbedingt notwendig”	“Wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig”	“Verzichtbar”	“Unbedingt notwendig”	“Wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig”	“Verzichtbar”
	in %					
WC oder Bad in der Wohnung	92	7	1	93	5	2
Waschmaschine	88	11	2	92	7	1
Eine warme Mahlzeit am Tag	87	11	2	91	9	1
Telefon	74	21	5	76	19	6
Fernseher	59	33	8	72	22	6
Zahnbehandlung jederzeit möglich	53	43	5	66	31	3
Eigenes Zimmer für jedes HH-Mitglied	48	48	4	55	39	6
Auto	46	36	18	61	25	14
Mind. 100 DM / Monat sparen können	38	55	6	43	51	6
Private Altersvorsorge	36	52	12	27	52	21
Einwöchige Urlaubsreise im Jahr	29	54	16	34	15	51
Zeitungsabonnement	27	39	35	34	33	34
Regelm. neue Kleidung kaufen können	24	64	13	26	61	13
Stereoanlage	22	48	31	22	47	32
Garten, Balkon oder Terrasse	20	68	12	19	62	19
Geschirrspülmaschine	20	46	34	12	42	46
Freunde zum Essen einladen	18	58	24	17	56	27
Abgenutzte Möbel durch neue ersetzen	15	70	15	19	66	15
Computer (PC)	14	32	54	13	36	51
Zusätzliche private Krankenversicherung	14	58	28	13	50	37
Videorekorder	12	41	47	15	44	41
Restaurantbesuch einmal im Monat	12	54	34	12	54	34

Die Frage im Wohlfahrtssurvey '98 lautet: "Es gibt verschiedene Meinungen darüber, was man in Deutschland zum Leben braucht. Was meinen Sie, was auf der folgenden Liste sollte sich jeder Haushalt in Deutschland leisten können? Was ist verzichtbar, was ist wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig, und was ist unbedingt notwendig?"

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnung.

Abbildung 1: Differenzen in der Einschätzung der Notwendigkeit einzelner Lebensstandard-Merkmale (Anteile „notwendig“ in %)



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnung.

Die Ansprüche an einen angemessenen Lebensstandard werden in Ost- und Westdeutschland annähernd gleich formuliert. So gehören die ersten vier Items der Liste in Tabelle 4 zu den Standardgütern: Zumeist deutlich mehr als drei Viertel der Befragten in Ost und West sind der Meinung, daß ein Bad in der Wohnung, eine Waschmaschine, eine warme Mahlzeit pro Tag und ein Telefon unbedingt zur Haushaltsausstattung dazugehören sollten. Für verzichtbar hält sie fast niemand. Ein Computer, eine zusätzliche private Krankenversicherung, ein Videorekorder und ein monatlicher Restaurantbesuch hingegen sind Dinge, die in den alten und neuen Bundesländern nur von wenigen Personen für unbedingt notwendig gehalten werden. Hier überwiegt die Ansicht, sie seien „wünschenswert“. Daß die Ansprüche generell hoch sind, belegt die Tatsache, daß in West wie Ost nur der Computer von einer Mehrheit der Bevölkerung als „verzichtbar“ genannt wird. Erhebliche Ost-West-Unterschiede zeigen sich beim Fernseher und Auto; diese als Symbole der nachholenden Modernisierung anzusehenden Konsumgüter werden in Ostdeutschland wichtiger eingeschätzt als in Westdeutschland. Bei der problemlos finanzierbaren Zahnbehandlung und der Möglichkeit der privaten Altersvorsorge sind es ähnlich große Diskrepanzen. Hier spiegeln sich Unsicherheiten in der sozialen Versorgungslage und damit einhergehende höhere Ansprüche an soziale Sicherheit in Ostdeutschland.

Korrelationsberechnungen auf der Aggregatebene (Vergleich zwischen sozialen Gruppen) bestätigen, daß die Einschätzungen in Ost und West dicht beieinander liegen. Ein Koeffizient von .98 (Pearson, $p > .001$) zeigt die deutliche Übereinstimmung der Anspruchshaltungen an einen gesellschaftlich anerkannten Lebensstandard. Auch für andere, nach sozio-demographischen Merkmalen unterschiedenen Gruppen haben wir auf diese Weise die Ähnlichkeiten der Lebensstandarddefinitionen ermittelt. Die höchste Übereinstimmung weisen dabei Männer und Frauen auf. Die größten Unterschiede sind alters- und damit lebensphasenbedingt: Die Gruppe der 18-34jährigen und die über 60jährigen weisen den niedrigsten Zusammenhang mit .92 auf. Auch verschiedene Bildungsgrade ergeben Differenzen, die jedoch nicht so erheblich erscheinen.

Bringt man Notwendigkeitseinschätzung und tatsächliche Ausstattung der Haushalte zusammen, so ergibt sich ein positiver Zusammenhang zwischen dem, was die Menschen haben, und der Einstufung als notwendige Güter. In der Gesamtschau gilt also: Je mehr Personen bspw. ein Telefon, eine Waschmaschine oder ein Auto besitzen, desto eher werden diese Güter als Notwendigkeiten, die man sich leisten können sollte, eingestuft. Unerkannt bleiben aber bei Berechnungen dieser Art Anpassungsprozesse auf individueller Ebene zwischen den eigenen Ansprüchen und dem, was man sich nicht leisten kann oder was noch nie zur routinemäßigen Ausstattung des eigenen Haushalts gehört hat.

Daß manche Gruppen einzelne Lebensstandard-Merkmale für notwendiger halten als andere, kann verschiedene Ursachen haben. Die drei Beispiele in der Abbildung 1 verweisen auf jeweils unterschiedliche Erklärungsebenen. Daß das Auto innerhalb der verschiedenen Familienformen und Haushaltstypen gerade von Familien mit Kindern zu den Notwendigkeiten gezählt wird, läßt sich in erster Linie als Ausdruck von Bedarf interpretieren. Die private Altersvorsorge, vor allem in den höheren Bildungsschichten für notwendig gehalten, könnte auf eine dort stärker vorhandene Sensibilisierung für die Rentenproblematik oder auf die besseren finanziellen Möglichkeiten der Umsetzung hinweisen. Stark altersabhängig sind die Ansichten beim Computer, was auf generations-spezifische Unterschiede in der Arbeits- und Freizeitgestaltung verweist.

Dieser Überblick war den unterschiedlichen Einschätzungen gewidmet, was die Befragten für einen angemessenen Lebensstandard halten. Am ehesten hat sich das Alter als Determinante für unterschiedliche Lebensstandardansprüche erwiesen. Zwischen Ost- und Westdeutschland hingegen gibt es weitgehend identische Anspruchshaltungen. Sowohl die Vorstellungen von einem angemessenen Lebensstandard als auch die Basis-Haushaltsausstattungen sind in Ost und West, das zeigen die bisherigen Analysen, angeglichen. Unterschiede bestehen allerdings bei den langfristigen finanziellen Vorsorgeleistungen, die sich ostdeutsche Haushalte erheblich seltener leisten können. Im folgenden wollen wir die Ebene der Gesamtbetrachtungen und Einzelitems verlassen und einen Index erstellen, um das Ausmaß von Deprivation zu bestimmen. Wieviele Personen sind von dem, was sich als gesellschaftlich anerkannter Lebensstandard herausgestellt hat, ausgeschlossen?

4 Deprivation und Armutslagen

4.1 Der proportionale Deprivationsindex

Kern des Deprivations-Konzeptes ist es seit Townsend (1979), den Grad der Unterversorgung eines Haushalts oder einer Person zusammenfassend zu ermitteln. In Nachfolgestudien wurden zwei Berechnungsmethoden entwickelt, um, ausgehend von Lebensstandard-Listen, den Deprivationsgrad in einer einzelnen Maßzahl auszudrücken: der Majority Necessities Index und der Proportional Deprivation Index.² Beim *Majority Necessities Index* (MNI) von Mack & Lansley (1985) werden nur diejenigen Items für die Indexbildung berücksichtigt, die von einer absoluten Mehrheit der Befragten zum notwendigen Lebensstandard gezählt werden. Anhand der Anzahl der Dinge, die sich eine Person nicht leisten kann, wird dann ihr Deprivations-Wert aufsummiert. Die Grenze, ab der von Deprivation gesprochen wurde, wurde bei drei fehlenden Items gezogen. Halleröd/Bradshaw/Holmes (1997) argumentieren gegen dieses Verfahren, daß auf diese Weise keine “consensual definition of poverty” erreicht wird, wie Mack & Lansley glauben, sondern allenfalls eine “mehrheitliche Definition”. Weiterhin läßt sich gegen dieses Verfahren einwenden:

- Die Einteilung in Notwendigkeiten und Nicht-Notwendigkeiten anhand des 50 Prozent-Kriteriums ist willkürlich.

- Alle ausgewählten Items werden gleich behandelt, unabhängig davon, ob es 99 Prozent oder 50 Prozent der Befragten für notwendig erachten.
- Der MNI hat einen Durchschnitts-Bias: Je stärker eine Person in seinem Ausgabeverhalten vom aggregierten Durchschnitt abweicht, um so größer ist die “Chance”, daß sie als depriviert gilt (weil sie ihr Geld für andere Dinge ausgibt als für die Notwendigkeiten).
- Der MNI berücksichtigt nicht, daß verschiedene soziale Gruppen unterschiedliche Präferenzen für einen angemessenen Lebensstandard haben können.
- Den Schwellenwert zwischen Normalversorgung und Unterversorgung bei drei fehlenden Items zu ziehen, erscheint willkürlich. Dieses Vorgehen impliziert eine starke Abhängigkeit von der Anzahl der Indikatoren in der Lebensstandard-Liste.

In Anlehnung an Halleröd (1995) und Halleröd/Bradshaw/Holmes (1997) verwenden wir im folgenden den *Proportionalen Deprivations-Index* (PDI), der einige Schwächen des MNI beseitigt bzw. abmildert: “It could be argued that the PDI is more theoretically appealing than the deprivation index (Majority necessities Index) used by Mack and Lansley because it is less sensitive to the consumer items included in the list, does not make arbitrary classifications of necessary and non-necessary consumption, decreases the sensitivity to individual preferences and takes account of significant differences in preferences between demographic and social categories” (Halleröd/Bradshaw/Holmes 1997: 218). Beim PDI werden grundsätzlich alle abgefragten Indikatoren verwendet, auch die, die nur von einer Minderheit für notwendig erachtet werden. Er beruht also nicht auf einer – willkürlichen – Trennung in Notwendiges und Nicht-Notwendiges. Der Deprivationswert eines Befragten erhöht sich mit jedem Item, das er sich nicht leisten kann, und zwar um so mehr, je mehr Befragte dieses Item für notwendig erachten. Mit anderen Worten: Die einzelnen Indikatoren werden mit einem Wert zwischen 0 und 100 (dem jeweiligen aggregierten Prozentsatz der Antwortoption “notwendig”) gewichtet. Bei dieser Gewichtung können auch Gruppenunterschiede in den Lebensstandard-Präferenzen berücksichtigt werden. Auf der Grundlage des vorigen Abschnitts berücksichtigen wir das Alter, da hier der geringste “Konsens” zwischen den Gruppen festzustellen war. Der PDI kann Werte zwischen 0 (für den Fall, daß sich eine Person alles leisten kann) und 8,6 (für den Fall, daß sich eine Person keines der 22 Dinge leisten kann) annehmen. Im Anhang findet sich eine Beispielberechnung und Angaben zur Behandlung fehlender Werte. Aufgrund der Gewichtung können sich hinter einem hohen PDI-Wert verschiedene “Muster” von Unterversorgung verbergen: Es können wenige, aber sehr wichtige Dinge fehlen, oder viele, jedoch weniger wichtige Dinge.

Kritisch kann gegen den PDI eingewendet werden, daß mit einer Lebensstandard-Liste immer nur eine gewisse *Annäherung* an die Versorgungssituation der Bevölkerung erreicht wird. Das Problem individuell stark abweichender Konsummuster bleibt bestehen, wenn auch abgeschwächt. Jemand mag sich ein teures Hobby wie bspw. Tauchen leisten (was nicht abgefragt wurde) und vielleicht gerade deshalb keine 100 Mark im Monat sparen können (was abgefragt wurde). Es ist somit denkbar, daß Personen, die einen durchaus

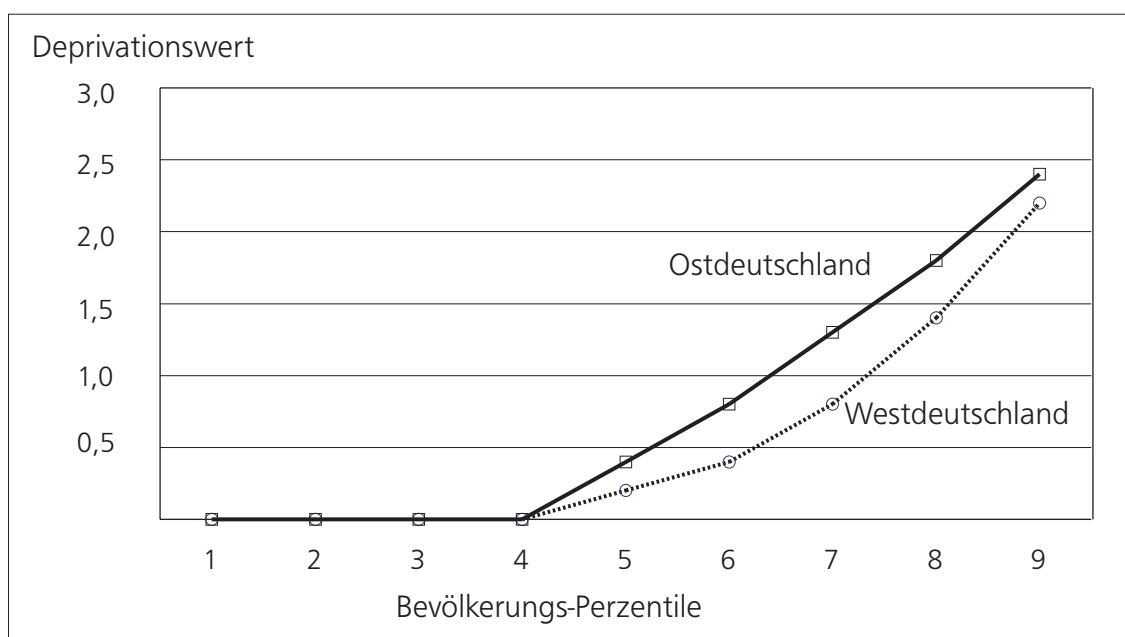
aufwendigen Lebensstil führen, einen hohen Deprivationswert haben, wenn sie ihr Geld eben für andere Dinge ausgeben als für die auf der Lebensstandard-Liste abgefragten. Über die Summe der 22 Indikatoren ist es aber eher unwahrscheinlich, die Versorgungslage eines Befragten vollkommen falsch einzuschätzen.

Die – potentiellen – Nachteile dieses Meßverfahrens werden durch die Vorteile mehr als ausgewogen: durch die alltagsnahe Messung des tatsächlichen Lebensstandards unter Berücksichtigung der Bewertungen der Befragungspersonen und gruppenspezifischer Präferenzen. “Insofern ist die Messung des Lebensstandards, wenn man so will, demokratisch abgesichert und in geringerem Maße von normativen Entscheidungen der Forscher abhängig” (Andreß 1999: 8).

4.2 Das Ausmaß von Deprivation

Betrachtet man die Gesamtverteilung der Deprivationswerte, so fällt zunächst der hohe Prozentsatz derer ins Auge, die aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten auf nichts verzichten müssen: Gesamtdeutsch ist dies annähernd die Hälfte der Bevölkerung, in Westdeutschland etwas mehr (49%) als in Ostdeutschland (40%). Anhand der Perzentilwerte (vgl. Abbildung 2) läßt sich nachvollziehen, wie der Deprivationswert langsam ansteigt, wobei der größte “Sprung” vom 8. zum 9. Perzentil zu verzeichnen ist. Mit anderen Worten: Für breite Schichten fehlen nur wenige oder weniger wichtige Dinge des Lebensstandards, erst das “untere Ende” fällt deutlich hinter den gesellschaftlichen Lebensstandard zurück. Das Problem bei der Interpretation besteht darin, einen Schwellenwert anzugeben, ab dem man von “ernsthafter” Unterversorgung reden kann. Wann ist jemand *wirklich* depriviert? Die Perzentilwerte deuten darauf hin, daß die untersten 20 Prozent, auf jeden Fall aber die untersten 10 Prozent der Bevölkerung einen deutlich schlechteren als den nach der Bevölkerungsmeinung “angemessenen” Lebensstandard haben. Dies bestätigt ein Blick auf die Anzahl der Ausstattungsmerkmale, die man sich nicht leisten kann. Unterteilt man die Bevölkerung nach ihrem Deprivationswert in zehn gleich große Gruppen, so fehlen den Personen im siebten Zehntel im Schnitt nur 2 der abgefragten 22 Merkmale aus finanziellen Gründen, im achten 4, im neunten 7 und im untersten Zehntel schließlich 11, also die Hälfte der gesamten Liste. Die unteren zwanzig Prozent sind somit deutlich unterversorgt, und die untersten zehn Prozent sind gravierend unterversorgt. Von Deprivation kann man folglich ab einem PDI-Wert von 1,5 ausgehen, von *gravierender* Deprivation ab einem Wert von 2,3. Die Mittelwerte für die Gesamtbevölkerung liegen im Westen bei 0,67, im Osten bei 0,88. In Ostdeutschland sind die Deprivationswerte, analog zu den bisherigen Ausführungen, ab der Hälfte der Bevölkerung etwas höher als in Westdeutschland. Vorsichtig interpretiert, kann man anhand der Verteilung des Lebensstandards eher

Abbildung 2: Deprivation in der Gesamtschau anhand der Perzentilverteilung



Perzentilwerte sagen aus, wie groß der Anteil der Bevölkerung ist, deren Deprivationsgrad unterhalb einer bestimmten Marke liegt. Der 9er-Perzentilwert von 2,3 für Westdeutschland sagt also aus, daß 90 Prozent der Westdeutschen einen PDI von weniger als 2,3 haben, zehn Prozent von mehr als 2,3.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnung

von einer 80:20-Gesellschaft oder einer 90:10-Gesellschaft sprechen als von der oft zitierten Zweidrittel-Gesellschaft.

Welche sozialen Gruppen sind nun besondere Problemgruppen? Stark depriviert sind in Ost wie West drei Gruppen (vgl. Tabelle 5): Arbeitslose (insbesondere arbeitslose Männer), Einkommensschwache (unterstes Fünftel der Verteilung) und Alleinerziehende. Der Zusammenhang von Deprivation und Einkommensschwäche liegt auf der Hand, ist doch Einkommen die wichtigste, aber nicht die einzige Ressource, um einen angemessenen Lebensstandard zu realisieren. Auf diesen Zusammenhang werden wir im nächsten Abschnitt näher eingehen. Mit Arbeitslosen und Alleinerziehenden sind zwei mittlerweile "klassische" Problemgruppen benannt. Sehr hohe Deprivationswerte haben auch diejenigen, die sich selbst in der gesellschaftlichen Schichtung den untersten Statuspositionen zurechnen. Hier dürfte das Gefühl, "ganz unten" zu sein, *Ergebnis* der prekären Lebensbedingungen sein.

Tabelle 5: Deprivation nach sozialen Gruppen

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	PDI	Anzahl Items "nicht leisten können" (*)	PDI	Anzahl Items "nicht leisten können" (*)
	Index	Ø	Index	Ø
Insgesamt	0,67	2,2	0,88	3,1
Geschlecht				
Frauen	0,7	3	0,9	3
Männer	0,6	2	0,9	3
Alter				
18 – 34 Jahre	1,0	3	1,2	4
35 – 59 Jahre	0,6	2	0,9	3
60 Jahre und älter	0,5	2	0,5	2
Ausbildung				
Kein Abschluß/Angelernt	1,2	4	1,2	4
Lehre/Berufsfachschule	0,6	2	0,9	3
Meister+Techniker/Fachhochschule	0,2	1	0,4	2
Hochschule	0,3	1	0,4	2
Erwerbsstatus				
Erwerbstätige	0,5	2	0,8	3
Arbeitslose	2,2	7	1,8	6
Subjektive Rangeinstufung				
Unten	2,1	7	1,9	7
Untere Mitte	1,0	4	1,0	4
Obere Mitte	0,5	2	0,5	2
Oben	0,2	1	0,5	2
Einkommen				
Unterstes Fünftel	1,8	6	1,8	6
Zweites Fünftel	1,1	4	0,9	3
Drittes Fünftel	0,5	2	0,5	2
Viertes Fünftel	0,4	1	0,3	1
Oberstes Fünftel	0,2	1	0,4	1
Familienform				
Alleinerziehende	1,7	6	1,9	6
Familien mit mehr als 2 Kindern	1,2	4	1,6	5
Familien mit bis zu 2 Kindern	0,6	2	1,0	3
Mehrpersonen-Haushalte ohne Kinder	0,5	2	0,7	3
Einpersonen-Haushalte	1,0	3	1,0	4

(*) von 22 abgefragten Indikatoren.

Index: deutliche Deprivation: ab PDI von ungefähr 1,5;

gravierende Deprivation: ab PDI von ungefähr 2,3

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnung.

Leicht überdurchschnittliche PDI-Werte haben junge Leute (v.a. in Ostdeutschland, was mit der höheren Jugendarbeitslosigkeit zusammenhängen könnte), Personen ohne beruflichen Abschluß bzw. Angelernte, Familien mit mehr als zwei Kindern und diejenigen, die sich selbst der Arbeiterschicht zurechnen. Kinderreichtum wirkt sich also weniger negativ auf die Situation des Haushalts aus, als dies oftmals aus Einkommensstudien hervorgeht (Weidacher 1995). Frauen unterscheiden sich in ihrem Lebensstandard kaum von Männern. In Ostdeutschland sind gerade die arbeitslosen Männer *die* Problemgruppe, während arbeitslose Frauen, vermutlich bedingt durch den Haushalts- und Familienkontext, relativ gesehen etwas besser gestellt sind. Insgesamt ist die Gruppenstruktur im Ost-West-Vergleich aber sehr ähnlich; es sind also die gleichen "Risikofaktoren", die zu Deprivation führen. Dennoch fällt auf, daß die höchsten Indexwerte im Westen zu finden sind (bei den Arbeitslosen und der untersten Statusgruppe); analog zur Verteilung von Einkommen differiert auch der Lebensstandard in den alten Bundesländern stärker zwischen sozialen Gruppen, ist also ungleicher verteilt.

4.3 Einkommensarmut und Deprivation im Vergleich

Ziel dieses Abschnittes ist es, durch die *Kombination* von Versorgungs- und Einkommenssituation unterschiedliche Armutslagen aufzudecken. Einkommensschwäche bzw. Einkommensarmut ist nach unserem Verständnis nicht automatisch mit Armut gleichzusetzen. Sie sagt zunächst einmal nur, daß die Person eine ungünstige Position in der gesellschaftlichen Einkommensverteilung hat und deshalb hinsichtlich ihrer finanziellen Ressourcen schlecht gestellt ist. Auch wenn ein Zusammenhang zu vermuten ist, muß die effektive Lebenslage von Einkommensarmen nicht zwangsläufig durch "Armut" geprägt sein (vgl. Ulrich & Binder 1998: 17). Inwieweit Einkommensarmut und Deprivation Hand in Hand gehen, haben wir zunächst mit einer Korrelationsanalyse geprüft. Der bivariate Zusammenhang ist von mittlerer Stärke und liegt in den alten wie den neuen Bundesländern bei ungefähr minus .35. Das bedeutet: Beide Formen von "Armut" sind nicht deckungsgleich, auch wenn die Deprivation zunimmt, je niedriger das Einkommen ist. Eine *deutliche Unterversorgung* beginnt in Westdeutschland bei einem Haushaltseinkommen (Netto-Äquivalenz) von etwa 1260 DM, *gravierende* Unterversorgung bei 1000 DM. Im Osten liegt diese letzte Schwelle erheblich niedriger, bei 790 DM. Das gesamtdeutsche Durchschnittseinkommen liegt bei 2440 DM (Netto-Äquivalenzeinkommen).

Überschneidungen von Einkommensarmut und Deprivation werden wir im folgenden anhand einer Vier-Felder-Tafel überprüfen. Bei unserer Definition von Armut haben wir *beide* Bestandteile, sowohl mangelhafte finanzielle Möglichkeiten als auch einen ungenü-

Abbildung 3: Schema der Armutslagen

		Deprivation	
		Nein	Ja
Einkommens- armut	Nein	Nicht-Armut	Versorgungs- armut
	Ja	Einkommens- armut	Doppelte Armut

genden Lebensstandard, als konstitutiv für Armut herausgestellt. Durch die Kombination von Ressourcen- und Deprivationsansatz lassen sich vier Lagen unterscheiden (vgl. Abbildung 3):

- *Doppelte Armut*: Einkommensarmut in Kombination mit gravierender Unterversorgung
- *Einkommensarmut*: geringe finanzielle Ressourcen, aber ein akzeptabler Lebensstandard
- *Versorgungsarmut*: gravierende Unterversorgung, aber ein Einkommen über der Armutsschwelle
- *Nicht-Armut*: weder nach dem einen noch nach dem anderen Kriterium ist die Lage prekär.

Als einkommensarm haben wir diejenigen unterhalb der 50 Prozent-Schwelle des gesamtdeutschen Durchschnittseinkommens definiert³; als depriviert jene im unterstes Deprivationsdezil. Wir haben also relativ "harte" Kriterien angelegt, insbesondere für die Deprivation. Anzumerken ist noch, daß etwas weniger als ein Viertel der Befragten die Angabe des Haushaltseinkommens verweigert hat – ein typisches Problem von Umfragen. Eine Prüfung, ob man eher Hoch- oder Niedrigeinkommen "verliert", hat folgendes ergeben: Die Befragten, von denen keine Einkommensangabe vorliegt, sind etwas zufriedener mit dem Lebensstandard als die Befragten mit Einkommensangabe; sie sind etwas zufriedener mit

Abbildung 4: Armutslagen in West- und Ostdeutschland

Westdeutschland		Ostdeutschland	
Nicht-Armut 85%	Versorgungsarmut 6%	Nicht-Armut 78%	Versorgungsarmut 6%
PDI Ø: 0,4	PDI Ø: 3,0	PDI Ø: 0,5	PDI Ø: 2,9
Anzahl fehlender Items Ø: 1	Anzahl fehlender Items Ø: 10	Anzahl fehlender Items Ø: 2	Anzahl fehlender Items Ø: 10
Einkommen Ø: 2750.- DM	Einkommen Ø: 1890.- DM	Einkommen Ø: 2310.- DM	Einkommen Ø: 1700.- DM
Einkommensarmut 5%	Doppelte Armut 4%	Einkommensarmut 9%	Doppelte Armut 6%
PDI Ø: 1,2	PDI Ø: 3,7	PDI Ø: 1,1	PDI Ø: 3,4
Anzahl fehlender Items Ø: 4	Anzahl fehlender Items Ø: 12	Anzahl fehlender Items Ø: 4	Anzahl fehlender Items Ø: 11
Einkommen Ø: 1000.- DM	Einkommen Ø: 910.- DM	Einkommen Ø: 950.- DM	Einkommen Ø: 880.- DM

Zu 100 fehlende Prozent sind rundungsbedingt.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnung.

dem Leben insgesamt; und sie sehen sich in gleichem Maße in der Lage, kurzfristig über einen Betrag von 3000 Mark für eine unvorhergesehene Notsituation zu verfügen. Dies verweist darauf, daß im Schnitt eher Befragte mit leicht überdurchschnittlichem Haushaltseinkommen die Antwort verweigern.

Bringt man nun beide Armutskriterien zusammen, verteilen sich die Befragten in West und Ost folgendermaßen auf die vier Lagen (vgl. Abbildung 4):

Ein Großteil der Bevölkerung, ungefähr Dreiviertel im Osten, mehr als Vierfünftel im Westen, leben in nicht-armen Verhältnissen; sie sind sowohl von der Ressourcen- als auch der Versorgungsseite her gesehen relativ "gesichert". Umgekehrt heißt das aber: Ein Viertel im Osten und etwas weniger als ein Fünftel im Westen leben auf die eine oder andere Art defizitär, wobei sich drei Problemgruppen unterscheiden lassen.

- (1) Eine besonders *prekäre Lage* bezeichnet die *doppelte Armut*. Personen in dieser Lebenslage sind einkommensarm *und* hochdepriviert – nach Halleröd (1995) die "truly poor". Für diese Gruppe kann man von einem Ausschluß vom gesellschaftlichen Wohlstand ausgehen. Dieses Problemsegment ist in Ostdeutschland (6 Prozent) etwas stärker als in Westdeutschland (4 Prozent).

Zwei weitere Gruppen befinden sich in einer *einfach prekären* Lage:

- (2) *Versorgungsarmut* ist durch einen niedrigen Lebensstandard, aber ein "ausreichendes" Einkommen gekennzeichnet; hier sind die Anteile in Ost und West identisch (6 Prozent). Das mittlere Einkommen in dieser Gruppe ist um einiges höher als das der beiden anderen Problemgruppen, auch wenn es deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen von 2440 DM liegt.
- (3) *Einkommensarmut* bedeutet ein unzureichendes Einkommen, aber dennoch einen relativ "normalen" Lebensstandard. Den Personen dieses Segments fehlen deutlich weniger Ausstattungsmerkmale als den beiden anderen Problemgruppen. Bedingt durch das niedrigere Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland ist es in den neuen Bundesländern fast doppelt so groß wie in den alten Bundesländern (9 Prozent vs. 5 Prozent).

Die Ergebnisse zeigen, daß nicht nur die potentielle Verfügbarkeit von Ressourcen, sondern auch die tatsächliche Teilhabe an einem gesellschaftlich anerkannten Lebensstandard konstitutiv für Armut sind. Materielle Exklusion bewegt sich auf verschiedenen Ebenen, und es gibt Kompensationseffekte, die bei einer nur auf Einkommensarmut beschränkten Messung nicht aufgedeckt werden können. Wie können solche Kompensationseffekte aussehen? Wer z.B. mietfrei wohnt, kann sich auch mit einem sehr niedrigen Einkommen mehr leisten, weil ein großer Posten der monatlichen Fixkosten wegfällt. So wohnen in den alten Bundesländern vier von zehn einkommensarmen Befragten in den eigenen vier Wänden (Eigen- oder Familienbesitz), von den Versorgungsarmen zwei von zehn, von den doppelt Armen einer von zehn. Ebenso können familiäre Unterstützungsleistungen einen angemessenen Lebensstandard sichern, obwohl das Einkommen sehr bescheiden ist, bspw. wenn Kinderbetreuung vorwiegend durch Familienmitglieder geleistet wird und nicht bezahlt werden muß oder wenn Eltern bestimmte Konsumgüter finanzieren. Ein niedriges Einkommen kann zudem temporäre Begleiterscheinung einer Statuspassage sein, weshalb die geschrumpften finanziellen Ressourcen (noch) nicht auf Haushaltsausstattung und Versorgungslage durchgeschlagen haben. Und nicht zuletzt besteht bei Einkommensangaben immer das Problem, daß Einkünfte aus Vermögen unzureichend angegeben werden, so daß Ersparnisse eine systematisch unterschätzte Quelle sind, aus der der Lebensunterhalt mitbestritten wird.

Welche Erklärungen bieten sich für die an, die depriviert sind, obwohl sie nicht einkommensarm sind? Ein methodisches Argument wäre, daß darunter Personen mit deutlich von der "Norm" abweichenden Konsumpräferenzen sind, die deshalb als unterversorgt gelten, weil sie sich ganz andere Dinge leisten als die von uns abgefragten. Nach der aus der Volkswirtschaftslehre bekannten permanenten Einkommenshypothese (vgl. z.B. Cezanne 1991: 40) können in diesem Segment aber auch Personen sein, die erst kurzfristig ein ausreichendes Einkommen beziehen, und ihre Einschätzungen, was sie sich leisten können, noch nicht dem höheren Einkommen angepaßt haben (z.B. Berufseinsteiger). Ebenso kann das Wissen um oder die Furcht vor einem zukünftig schrumpfenden Einkom-

Tabelle 6: Anteil derer, die kurzfristig 3000 Mark aufbringen können

	Westdeutschland	Ostdeutschland
	in %	
Insgesamt	74	65
Armutslagen:		
Nicht-Armut	82	77
Einkommensarmut	50	35
Versorgungsarmut	23	24
Doppelte Armut	14	10

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnung.

men (z.B. wegen temporärer Beschäftigung oder drohender Arbeitslosigkeit) die Menschen daran hindern, ihr derzeit noch ausreichendes Einkommen in Konsum umzusetzen. Und schließlich können außergewöhnliche Belastungen wie Schuldendienst, Unterhaltszahlungen oder Pflegekosten so viele Mittel binden, daß für einen "normalen" Lebensstandard nicht mehr genug übrigbleibt.

Eine Illustration dieses Problems bietet die im Wohlfahrtssurvey gestellte Frage, ob die Befragten in einer Notsituation in der Lage wären, kurzfristig 3000 DM zu beschaffen, ob vom eigenen Konto, als Bankdarlehen oder über Verwandte und Freunde (vgl. Tabelle 6). Erwartungsgemäß sehen sich die von doppelter Armut Betroffenen nur selten in der Lage, eine solche Summe zu organisieren. Einkommensarme bejahen diese Frage viel häufiger als die Gruppe der Versorgungsarmen. Dies belegt die Plausibilität der Überlegungen über den Kontext, der maßgeblich bestimmt, wie hoch der letztlich realisierte Lebensstandard in den verschiedenen Armutslagen ist. Im Osten ist der Unterschied zwischen den beiden angesprochenen Gruppen nicht so gravierend, aber auch hier haben die Einkommensarmen offenbar mehr Rücklagen bzw. finanzkräftigere Unterstützungsnetzwerke.

Festzuhalten bleibt, daß der Blick auf Einkommenssituation *und* Lebensstandard diejenigen ins Zentrum rückt, die sich in einer doppelt prekären Lebenssituation befinden und keine Kompensationsmöglichkeiten haben. Für den innerdeutschen Vergleich gilt, daß sich etwas mehr Ostdeutsche in dieser Lage befinden, was dem verbleibenden Abstand von Einkommen und Lebensbedingungen entspricht. Die Unterschiede sind aber keinesfalls so gravierend, daß von einer Unterschichtung der westdeutschen Sozialstruktur durch die ostdeutsche Bevölkerung die Rede sein könnte.

Keine Aussagen können wir über die zeitliche Stabilität dieser Segmente machen – also darüber, wie dauerhaft Personen in der einen oder anderen Problemlage verbleiben oder in sie geraten. Zuletzt hat Hübinger (1999), allerdings auf nicht-repräsentativer Datenbasis, neben den Armen (geschätzter Bevölkerungsanteil 10 Prozent) eine "prekäre" Wohlstandsschicht ausgemacht (geschätzter Bevölkerungsanteil 25-35 Prozent), die aufgrund individu-

Tabelle 7: Sozio-demographische Charakteristika der Armutslagen

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Doppelte Armut	Versorgungsarmut	Einkommensarmut	Nicht-Armut	Doppelte Armut	Versorgungsarmut	Einkommensarmut	Nicht-Armut
Zeilenprozente								
Gesamt	4	6	5	85	6	6	9	78
Geschlecht								
Männer	4	5	4	87	6	7	8	79
Frauen	4	7	6	83	7	6	11	77
Alter								
18-30jährig	10	11	8	71	12	9	14	64
31-40	4	6	4	86	8	8	9	75
41-50	3	5	2	90	4	10	7	79
51-60	2	3	3	93	6	6	7	81
61 und älter	2	5	7	86	2	1	8	89
Ausbildungsabschluß								
Kein Abschluß / angelern	9	10	9	71	12	9	15	65
Lehre	3	6	5	87	6	6	8	80
Fachhochschule / Meister+Techniker	1	2	1	96	3	3	6	89
Hochschule	3	2	4	91	2	6	5	89
Erwerbsstatus:								
Erwerbstätige	1	5	3	91	2	8	8	82
Arbeitslose	36	15	7	41	23	7	14	56
Subjektive Rangeinstufung								
Unten	31	25	8	36	22	12	19	47
Untere Mitte	5	10	9	76	6	10	7	77
Obere Mitte	1	3	4	92	2	3	9	87
Oben	1	1	2	96	-	2	8	90
Familienformen								
Alleinerziehende	31	8	8	54	40	8	20	32
Mehrpersonen- Haushalte ohne Kinder	2	5	3	90	4	5	6	85
Familie mit bis zu zwei Kindern	4	4	4	88	3	8	11	78
Familie mit mehr als zwei Kindern	12	7	13	68	18	6	12	65
Einpersonen- Haushalte	6	10	10	75	12	6	15	66

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnung.

eller und familiärer Ereignisse armutsgefährdet sei. In wirklich gesichertem Wohlstand leben rund 55-65 Prozent der Bevölkerung. Auf das Einkommen bezogen vermutet er die Wohlstandsschwelle, ab der die "sichere Zone" beginnt, bei etwa 75 Prozent des Durchschnittseinkommens. Mobilität über diese Wohlstandsschwelle hinweg sei in beide Richtungen selten, Mobilität zwischen Armut und prekärem Wohlstand häufiger anzutreffen. Legt man unser Schema von Armutslagen zugrunde, so sind folgende Vermutungen über die Wahrscheinlichkeit von Auf- bzw. Abstiegsprozessen plausibel:

- Ein Aufstieg aus doppelter Armut ist kurzfristig am ehesten in das Segment der Versorgungsarmen wahrscheinlich, wenn sich das Einkommen über den Schwellenwert für Einkommensarmut erhöht.
- Ein Abstieg aus der Position der Nicht-Armen ist kurzfristig in das Segment der Einkommensarmen am wahrscheinlichsten, wenn sich durch Arbeitsplatzverlust, Familiengründung oder Scheidung das Einkommen deutlich verschlechtert.
- Ein Abstieg aus Einkommensarmut in doppelte Armut ist vermutlich eher ein schleicher Prozess, wenn Ressourcen, die bislang zur Aufrechterhaltung eines halbwegs akzeptablen Lebensstandard vorhanden waren, aufgezehrt sind. Ein Aufstieg aus Einkommensarmut in das Segment der Nicht-Armut ist schnell möglich, wenn sich das Einkommen verbessert.
- Ein Abstieg aus der Versorgungsarmut in die doppelte Armut ist schnell passiert, wenn sich die bislang noch vorhandenen Ressourcen aufgrund plötzlicher Ereignisse verringern. Ein Aufstieg in die Lage der Nicht-Armen ist eher unwahrscheinlich, da ja auch schon bislang das Einkommen nicht ausreichte, um einen angemessenen Lebensstandard zu realisieren. Hier müßten vermutlich Sonderfaktoren (s. oben) wegfallen.

Tabelle 7 zeigt sozio-demographische Charakteristika der unterschiedenen Armutslagen. Auch hier sind es in West und Ost die klassischen gesellschaftlichen Problemgruppen, die das Risiko einer gravierenden Unterversorgung mit sich bringen: Vor allem Arbeitslose, Alleinerziehende und Personen ohne Ausbildung sind einkommensarm und depriviert. In etwas geringem Ausmaß sind auch Familien mit mehr als zwei Kindern und unter 30jährige betroffen. Der überproportionale Anteil dieser Altersgruppe und der Einpersonen-Haushalte in der Gruppe der doppelt Armen ist vermutlich auch darauf zurückzuführen, daß dieser Personenkreis häufig noch in der Haushaltsgründungsphase ist, diverse Ausstattungsgüter noch nicht angeschafft hat und beruflich noch nicht etabliert ist. Die ausgewiesenen Risikogruppen finden sich auch in anderen Einkommens- und Armutstudien. Es gibt jedoch, so das Fazit aufgrund unserer Analysen, *innerhalb* jeder dieser Problemgruppen eine gravierend unterversorgte und doppelt prekär belastete Subpopulation, die erheblich stärker benachteiligt ist. Mit Blick auf den innerdeutschen Vergleich ergibt sich für die Problemlage der doppelten Armut eine gleiche sozialstrukturelle Differenzierung. Mit anderen Worten: Die Verarmungsrisiken sind in West und Ost für diese prekäre Lebenslage die gleichen, auch wenn Arbeitslosigkeit als Risikofaktor in Ostdeutschland erheblich

Tabelle 8: Die Zufriedenheiten unterschiedlicher Armutslagen

	Zufriedenheit mit Lebensstandard		Allgemeine Lebenszufriedenheit		Zufriedenheit mit gesellschaftlicher Integration	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Ø					
Insgesamt	7,4	6,7	7,7	7,3	7,5	6,7
Doppelte Armut	4,6	3,6	5,6	5,2	5,6	4,7
Versorgungsarmut	5,4	4,8	6,4	5,9	6,0	5,7
Einkommensarmut	6,1	5,5	7,1	6,3	7,0	6,2
Nicht-Armut	7,6	7,1	8,0	7,6	7,7	6,9

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnung.

weiter verbreitet ist. Eine einfach prekäre Armutslage, so läßt sich aus den Analysen schließen, ist nicht nur bei Arbeitslosen anzutreffen, sondern in geringerem Umfang auch ein Phänomen der „working poor“.

4.4 Armutslagen und subjektives Wohlbefinden

Mit den Armutslagen sind objektive Lebensbedingungen bezeichnet. Es stellt sich die Frage, wie diese Lebenslagen subjektiv bewertet werden. Wir wenden uns noch einmal dem subjektiven Wohlbefinden zu, indem wir die Bewertung des Lebensstandards, die allgemeine Lebenszufriedenheit und die Zufriedenheit mit der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für die vier Gruppen getrennt analysieren (vgl. Tabelle 8). In bezug auf die Exklusionsdebatte läßt sich damit zeigen, ob gravierende Unterversorgung mit wahrge-nommener Ausgrenzung und mangelnder gesellschaftlicher Integration einhergeht.

Ein erwartbares Ergebnis, aber dennoch in seiner Stärke bestechend, sind die durchgängig geringen Zufriedenheitswerte der Gruppe der doppelt Armen in Ost wie West, diejenigen also, die wir als die doppelt Benachteiligten herausgestellt haben. Ein niedriger

Lebensstandard *und* ein geringes Einkommen sind hinreichende Benachteiligungsfaktoren, die sich auch in der subjektiven Bewertung der Befragten eindeutig nachweisen lassen. Die Zufriedenheiten liegen bis drei Skalenpunkte unter dem jeweiligen Durchschnitt. Es läßt sich außerdem ablesen, daß Einkommensarmut in geringerem Maß mit Unzufriedenheit einhergeht als gravierende Deprivation. Dies bestätigt unsere Grundannahme, daß die Ressourcen*verwendung* ein nicht zu unterschätzender Indikator für Armutslagen ist und die Messung der Einkommensarmut differenzieren kann. Die große Mehrheit der Nicht-Armen schließlich weist in allen drei Bewertungsbereichen die höchsten Zufriedenheiten auf. Mit Blick auf den Ost-West-Vergleich bestätigt sich der Befund einer höheren durchschnittlichen Zufriedenheit in den alten Bundesländern. Für jede Gruppe fallen die Bewertungen im Osten schlechter aus als im Westen, besonders augenfällig für die ostdeutschen doppelt Armen. Trotz dieser innerdeutschen Differenzen haben die "nicht-armen" Ostdeutschen ein deutlich höheres Wohlbefinden als die westdeutschen Problemgruppen. Für die Frage nach der gesellschaftlichen Integration gilt dies aber nur eingeschränkt, was auf ein Integrationsdefizit in den neuen Bundesländern verweist.

Als Fazit läßt sich festhalten: Die deutliche Abstufung der Zufriedenheitswerte mit den "Nicht-Armen" an der Spitze und den doppelt Armen am Ende zeigt, daß das Schema der Armutslagen mehr ist als eine statistische Abstraktion. Das Zusammentreffen beider Mängellagen – niedriges Einkommen und gravierende Unterversorgung – bedeutet eine so deutliche Benachteiligung gegenüber einer "einfachen" Problemlage, daß die Zufriedenheiten erheblich absinken. Weiterhin, und das ist mit Blick auf die Exklusions-Frage von Bedeutung, beeinflußt Armut stark die subjektive Bewertung der gesellschaftlichen Integration. Für doppelt Arme sind die Möglichkeiten der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben offenbar nicht mehr ausreichend gegeben, um hohe Zufriedenheitswerte hervorzu-bringen.

Fazit

Um Ausmaß und Struktur von Armut im vereinten Deutschland aufzeigen zu können, haben wir zwei Ansätze der Armutforschung miteinander kombiniert: das einkommensbasierte relative Armutskonzept und das Konzept der relativen Deprivation. Mißt das eine Konzept die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen eines Haushaltes, sagt das andere etwas über die Verwendung dieser Ressourcen im alltäglichen Leben aus. Beide Ansätze beleuchten verschiedene Aspekte von Armut, die nicht notwendigerweise deckungsgleich sein müssen.

Mit Daten des Wohlfahrtssurveys 1998 konnten wir zeigen, daß der Lebensstandard, gemessen an der Versorgung der Haushalte mit bestimmten Gütern, in Ost und West weitgehend angeglichen ist, richtet man den Blick auf die Basisausstattung. Finanzielle Vorsorgeaktivitäten wie Sparen oder zusätzliche Alterssicherung hingegen sind in Ostdeutschland weniger selbstverständlich. Sie werden zwar für notwendig gehalten; in Ostdeutschland kann man sie sich jedoch nicht in gleichem Maße leisten wie in Westdeutschland. Weitgehende Übereinstimmung zwischen Ost und West besteht hingegen bei der Einschätzung dessen, was für einen Haushalt in Deutschland zum Leben dazu gehören sollte.

Mit einem proportionalen Deprivationsindex (PDI), der die Lebensstandard-Definitionen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ebenso wie den realisierten Lebensstandard berücksichtigt, konnten wir zeigen, daß ca. 20 Prozent der Bevölkerung als depriviert einzustufen sind, davon etwa 10 Prozent als gravierend unterversorgt. Das Ausmaß der Unterversorgung ist zwar im Osten nach wie vor etwas größer, dennoch sind es die gleichen Risikofaktoren, die in Ost und West wirksam sind: Arbeitslose, Alleinerziehende und Personen ohne Ausbildung sind die klassischen Problemgruppen. Analog zur Einkommensverteilung haben in den alten Bundesländern auch die Deprivationswerte eine größere Verteilungsspanne, d.h. der Lebensstandard ist ungleicher verteilt.

Durch unser methodisches Vorgehen konnten wir drei Armutslagen voneinander unterscheiden: Einkommensarmut, Versorgungsarmut und doppelte Armut, die beide Mangelaspekte umfaßt. Diese Schnittmenge ist in Ostdeutschland mit 6 Prozent etwas größer als in Westdeutschland und setzt sich wiederum aus den oben genannten Problemgruppen zusammen. Man kann demnach davon ausgehen, daß es innerhalb der von Armut betroffenen Bevölkerung eine Untergruppe gibt, die sowohl auf der Ressourcen- als auch auf der Versorgungsebene gravierend unterversorgt ist und keine Möglichkeiten der Kompensation in prekären Lebenssituationen wahrnehmen kann. Weitere Forschung müßte genauer zeigen, welche Merkmale diese doppelt belastete Randgruppe innerhalb der Armutzone überdies charakterisieren und in welcher Form Auf- und Abstiege in die eine oder andere Armutslage oder aus Armut in Nicht-Armut vor sich gehen.⁴ Sozialpolitische Relevanz hat der Hinweis auf die Kumulation von Benachteiligungen. Sozialpolitik kann

sich nicht auf die Gewährung von finanziellen Unterstützungsleistungen beschränken, sondern muß durch ausgeweitete Programme der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Wohnungspolitik flankiert werden. Da sich Unterversorgung nicht allein auf die Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt beschränkt und auch ein auf den ersten Blick genügendes Einkommen Deprivation nicht immer verhindert, muß die Summe der Belastungen eines Haushalts Eingang in sozialpolitische Überlegungen finden.

Auch wenn niedriger Lebensstandard mit geringem Einkommen zunimmt, sind beide Armutslagen nicht deckungsgleich. Dies wird durch die Analyse des subjektiven Wohlbefindens in Ost und West bestärkt: Die allgemeine Lebenszufriedenheit und auch die Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Integration variieren mit den drei Armutslagen stark. Die weitaus geringsten Zufriedenheitswerte finden sich bei den doppelt belasteten Armen. Das subjektive Ausgrenzungsempfinden ist ein nicht zu unterschätzender Indikator für Exklusionstendenzen, die mit Armut einhergehen.

Die vorgestellten Ergebnisse haben mit Blick auf den Ost-West-Vergleich gezeigt, daß sich gravierende materielle und finanzielle Unterversorgung auf die gleiche Struktur von Risikofaktoren zurückführen läßt. Das Armutsproblem in Ostdeutschland hat sich im Laufe der 90er Jahre für bestimmte Gruppen zugespitzt, die auch in Westdeutschland durch das Netz der sozialpolitischen Maßnahmen nicht genügend gestützt werden. Die, gemessen am hohen gesamtdeutschen Einkommensniveau, weitverbreitete Einkommensarmut zu Beginn des Transformationsprozesses, die breite Bevölkerungsschichten in Ostdeutschland getroffen hat, ist dagegen ein Übergangsphänomen gewesen. Dieses Ergebnis darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Ausmaß von Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern gravierender ist und die Einkommen im Durchschnitt immer noch unter Westniveau liegen. Damit sind die zwei Hauptursachen für die höheren Armutsquoten in Ostdeutschland benannt. Die zwei Stoßrichtungen der gegenwärtigen Armutsdebatte – gespaltene Gesellschaft und Umbruchsarmut – lassen sich beide weder umstandslos zurückweisen noch bestätigen. Daß Arbeitslosigkeit, Alleinelternschaft, eine fehlende Ausbildung oder Kinderreichtum zu den Armutsursachen gehören, weist auf klar identifizierbare Problemgruppen hin, damit aber auch auf formulierbare Zielvorstellungen für sozialpolitische Maßnahmen. In Ostdeutschland kann die These der ‚Umbruchsarmut‘ nur noch aufgrund der nach wie vor hohen Umbruchsarbeitslosigkeit eingeschränkte Relevanz beanspruchen.

Anmerkungen

- 1 Angemerkt sei, daß sich z.B. hinter der Angabe “Habe ein Auto” vom Kleinwagen bis zur Luxuslimousine alles verbergen kann. Trotz eines ähnlichen Ausstattungsmusters können gravierende *qualitative Unterschiede* des Lebensstandards bestehen, die mit diesem Instrument nicht aufzudecken sind; sie sind aber auch nicht Ziel der Untersuchung.
- 2 Für weitere Index-Berechnungen vgl. Muffels 1993; Andreß 1999.
- 3 Netto-Äquivalenzeinkommen, berechnet nach Buhmann et al.-Skala mit $\Phi = 0,55$. Die ostdeutschen Einkommen wurden nach Angaben des DIW kaufkraftbereinigt.
- 4 Andreß (1999: 131) konnte zeigen, daß die Überlappung zwischen einkommensbasierter Armutsmessung und Deprivationsmessung in seiner Hauptstichprobe der Umfrage „Alltag in Deutschland“ nur 35 Prozent betrug, hingegen bei der Sozialhilfeempfänger-Stichprobe bis zu 90 Prozent. Sozialhilfeempfänger sind demnach die Gruppe, die in beiden Dimensionen unterversorgt ist.

Anhang

Beispielrechnung für den Proportionalen Deprivationsindex (PDI)

Die folgende Tabelle zeigt ein fiktives Beispiel für die PDI-Berechnung mit drei Items, von denen der Befragte sich zwei nicht leisten kann. Analog wird der Summenindex für alle 22 Lebensstandard-Indikatoren des Wohlfahrtssurveys gebildet.

Abbildung A/1: Beispiel für Indexberechnung

	Anteil "Unbedingt notwendig" (gesamtgesellschaftliche Ebene)	"Kann ich mir nicht leisten" (individuelle Ebene)
Item 1 - Auto	46 Prozent	Ja (1)
Item 2 - Waschmaschine	88 Prozent	Nein (0)
Item 3 - Urlaub	29 Prozent	Ja (1)

Item 1	+	Item 2	+	Item 3	=	PDI
Notwendigkeit / 100 x 1		Notwendigkeit / 100 x 0		Notwendigkeit / 100 x 1		
0,46	+	0	+	0,29	=	0,75

Getrennt berechnet für die Altersgruppen 18 – 34, 35 – 59, 60 und älter.

Die Behandlung fehlender Werte

Ein Problem der PDI-Berechnung auf der Basis einer längeren Lebensstandard-Liste sind fehlende Angaben. Immerhin zehn Prozent der Befragten machen bei einem oder mehreren Indikatoren keine Angabe über die tatsächliche Verfügbarkeit und die Gründe für Nichtverfügbarkeit. Über zwei Drittel der Missings sind Fälle, bei denen nur eine (N = 162), zwei (N = 29) oder drei (N = 26) Angaben fehlen. Um diese Fälle nicht zu verlieren, haben wir eine Schätzfunktion ermittelt. Grundproblem ist, daß bei fehlenden Angaben der PDI-Wert

systematisch unterschätzt wird. Deshalb wurde für die angegebene Befragten-Gruppe anhand der Inspektion der Häufigkeiten (bei welchen Items fehlen die Angaben wie oft) und deren altersspezifischer Notwendigkeitseinstufung ein "Aufschlagswert" ermittelt, um den der PDI-Wert maximal unterschätzt werden kann. Fehlende Angaben liegen z.B. am häufigsten für die zusätzliche Zahnbehandlung vor, während bei Telefon oder Waschmaschine gar keine Missings vorliegen. Der PDI-Wert kann aber nicht umstandslos um den "Aufschlagswert" erhöht werden, da nicht davon auszugehen ist, daß alle, die eine Angabe verweigern, es deshalb tun, weil sie sich das entsprechende Item nicht leisten können. Also wurde auf Basis der Randverteilung eine "Wahrscheinlichkeit" dafür ermittelt, daß die fehlende Angabe einem "Kann ich mir nicht leisten" gleichkommt. Auf der Grundlage von Aufschlagswert und "Wahrscheinlichkeit" wurde bei den Befragten, die bis zu drei fehlende Angaben aufweisen, der PDI für jedes Missing um den Wert 0,1 (in Ostdeutschland) bzw. 0,08 (in Westdeutschland) erhöht. Für die Befragten mit mehr als drei fehlenden Angaben (75 Fälle, darunter 29, die die Lebensstandard-Liste ganz verweigerten), erschien es uns zu gewagt, die Deprivation anhand der Schätzgleichung zu korrigieren; diese Fälle haben wir aus der Analyse ausgeschlossen.

Literatur

- Andreß, Hans-Jürgen (1997): Armut in Deutschland: Prozesse sozialer Ausgrenzung und die Entstehung einer neuen "Underclass"? Vorläufige Antworten auf Basis von Umfragedaten. In: Soziale Probleme, 8. Jg., 1997, S. 3-39.
- Andreß, Hans-Jürgen (1999): Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Andreß, Hans-Jürgen, Gero Lipsmeier (1995): Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann ihn sich leisten? Ein neues Konzept zur Armutsmessung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32, S. 35-49.
- Andreß, Hans-Jürgen, Gero Lipsmeier (1999): Lebensstandard nicht allein vom Einkommen abhängig. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 21, Januar 1999, S. 5-9.
- Becker, Irene, Richard Hauser (Hg.) (1997): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft? Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Bradshaw, Jonathan et al. (1998): Perceptions of Poverty and Social Exclusion 1998. Report on Preparatory Results. Townsend Centre for International Poverty Research, Bristol.
- Cezanne, Wolfgang (1991): Grundzüge der Makroökonomik. München: Oldenbourg Verlag.
- Faik, Jürgen (1997): Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen – Eine Modifizierung der Sozialhilfeskala. In: Becker, Irene, Richard Hauser (Hg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft? Frankfurt am Main/New York: Campus. S. 13-42.
- Freeman, Richard B. (1997): Immer mehr Armut – die USA auf dem Weg in die Apartheid-Wirtschaft? In: Harvard Business Manager 1/97, S. 69 –78.
- Friedrich, Dieter (1987): Stichwort "Lebensstandard". In: Görres-Gesellschaft (Hg.): Staatslexikon: Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Band 3, S. 866-870. Freiburg et al.
- Gans, Herbert J. (1992): Über die positiven Funktionen der unwürdigen Armen. Zur Bedeutung der "underclass" in den USA. In: Leibfried, Stephan, Wolfgang Voges (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Sonderheft der KzfSS 32/1992. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 9-33.
- Geißler, Rainer (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Glatzer, Wolfgang, Werner Hübing (1990): Lebenslage und Armut. In: Döhring, Dieter, Walter Hanesch, Ernst-Ulrich Huster (Hg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 31-55.
- Gordon, David, Christina Pantazis. (1997): Measuring poverty: Breadline Britain in the 1990s. In: Dies. (Hg.): Breadline Britain in the 1990s. Aldershot: Ashgate. S. 5-47.
- Habich, Roland (1996): Problemgruppen und Armut: Zur These der Zwei-Drittel-Gesellschaft. In: Zapf, Wolfgang, Roland Habich (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin: edition sigma. S. 161-185.
- Habich, Roland, Peter Krause (1995): Armut in der Bundesrepublik Deutschland – Probleme der Messung und die Reichweite empirischer Untersuchungen. In: Barlösius, Eva et al. (Hg.): Ernährung in der Armut: gesundheitliche, soziale und kulturelle Folgen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: edition sigma. S. 62-86.
- Habich, Roland, Peter Krause (1997): Armut. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 1997. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 515-525.
- Habich, Roland, Wolfgang Zapf (1999): Wohlfahrtsindikatoren für Deutschland 1950 bis 1998. In: Glatzer, Wolfgang, Ilona Ostner (Hg.): Deutschland im Wandel: Sozialstrukturelle Analysen. Opladen: Leske + Budrich. S. 31-48.

- Habich, Roland, Bruce Headey, Peter Krause (1991): Armut im Reichtum – Ist die Bundesrepublik Deutschland eine Zwei-Drittel-Gesellschaft?. In: Rendtel, Ulrich, Gert Wagner (Hg.): Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984. Frankfurt am Main/New York: Campus. S. 488-509.
- Halleröd, Björn. (1995): The Truly Poor: Direct and Indirect Consensual Measurement of Poverty in Sweden. In: Journal of European Social Policy, 1995, 5 (2), S. 111-129.
- Halleröd, Björn, Jonathan Bradshaw, Hilary Holmes (1997): Adapting the consensual definition of poverty. In: Gordon, David, Christina Pantazis (Ed.): Breadline Britain in the 1990s. Aldershot: Ashgate. S. 213-234.
- Hanesch, Walter et al. (1995): "Armut im Umbruch" im vereinten Deutschland. In: Hanesch, Walter (Hg.): Sozialpolitische Strategien gegen Armut. Opladen: Westdeutscher Verlag S. 29-64.
- Haupt, Hanna (1998): Umbruchsarmut in den neuen Bundesländern? In: Lutz, Ronald, Matthias Zeng (Hg.): Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Opladen: Leske + Budrich. S. 48-67.
- Hauser, Richard (1995): Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland – ein Überblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32, S. 3-13.
- Hauser, Richard (1997a): Vergleichende Analyse der Einkommensverteilung und Einkommensarmut in den alten und neuen Bundesländern 1990 bis 1995. In: Becker, Irene, Richard Hauser (Hg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfüntel-Gesellschaft? Frankfurt am Main/New York: Campus. S.63-82.
- Hauser, Richard (1997b): Armut, Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 216, H. 4+5, S. 524-548.
- Hauser, Richard (1999): Tendenzen zur Herausbildung einer Unterklasse? In: Glatzer, Wolfgang, Ilona Ostner (Hg.): Deutschland im Wandel: Sozialstrukturelle Analysen. Opladen: Leske + Budrich. S. 133-145.
- Hübinger, Werner(1996), Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Hübinger, Werner (1999): Prekärer Wohlstand. Spaltet eine Wohlstandsschwelle die Gesellschaft? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18, S. 18-26.
- Krause, Peter (1995): Ostdeutschland fünf Jahre nach der Einheit: Rückgang der Erwerbsbeteiligung scheint gestoppt, Einkommen gleichen sich weiter an, Armut stagniert. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 50/95, S. 863-869.
- Landua, Detlef, Roland Habich (1994): Problemgruppen der Sozialpolitik im vereinten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3, S. 3-14.
- Leibfried, Stephan, Wolfgang Voges (Hg.) (1992): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Sonderheft der KzfSS 32/1992. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Leibfried, Stephan, Wolfgang Voges(1992): Einführung. Vom Ende einer Ausgrenzung? – Armut und Soziologie. In: Dies. (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Sonderheft der KzfSS 32/1992. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 9-33.
- Leibfried, Stephan et al. (1995): Zeit der Armut. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ludwig, Monika, Lutz Leisering, Petra Buhr (1995): Armut verstehen. Betrachtungen vor dem Hintergrund der Bremer Langzeitstudie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/32, S. 24-34.
- Mack, Joanna, Steward Lansley (1985): Poor Britain. London: George Allen and Unwin.
- Miegel, Meinhard (1983): Die verkannte Revolution. Stuttgart.
- Muffels, Ruud (1993): Welfare Economic Effects of Social Security. Essays on Poverty, Social Security and Labour Market: Evidence from Panel Data. Tilburg: Katholieke Universiteit Brabant.

- Natter, Ehrenfried, Alois Riedlsperger (Hg.) (1988): Zweidrittelgesellschaft – Spalten, splitttern – oder solidarisieren? Wien: Europa Verlag.
- Piachaud, David (1992): Wie mißt man Armut? (in Zusammenarbeit mit D. Forester). In: Leibfried, Stephan, Wolfgang Voges (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Sonderheft der KZfSS 32/1992. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 63-87.
- Schäfers, Bernhard (1992): Zum öffentlichen Stellenwert von Armut im sozialen Wandel der Bundesrepublik Deutschland. In: Leibfried, Stephan, Wolfgang Voges (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Sonderheft der KZfSS 32/1992. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 104-123.
- Schott-Winterer, Andrea (1990): Wohlfahrtsdefizite und Unterversorgung. In: Döhring, Dieter et al. (Hg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 56-78.
- Silver, Hilary (1994): Social Exclusion and Social Solidarity – three Paradigms. In: International Labour Review, No. 5-6, Vol. 133, S. 531-578.
- Simmel, Georg (1908): Zur Soziologie der Armut. In: Gesamtausgabe, Bd. 8, Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908, II, hrsg. v. Otthein Rammstedt (1993), Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 24-57.
- Sopp, Peter (1994): Das Ende der Zwei-Drittel-Gesellschaft? Zur Einkommensmobilität in Westdeutschland. In: Zwick, Michael M. (Hg.): Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland. Frankfurt am Main/New York: Campus S. 47-74.
- Spellerberg, Annette (1997): Zufriedenheit in Lebensbereichen. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 1997, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 441- 449.
- Townsend, Peter (1979): Poverty in the United Kingdom. A Survey of Household Resources and Standard of Living. Harmondsworth: Penguin.
- Ulrich, Werner, Johann Binder (1998): Armut erforschen: Eine einkommens- und lebenslagenbezogene Untersuchung im Kanton Bern. Zürich: Seismo Verlag.
- Vogel, B. (1999): Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Konsequenzen für das Sozialgefüge und für die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Wandels. In: SOFI-Mitteilungen Nr. 27/1999, S. 15-22.
- Weidacher, Alois (1995): Einkommenslagen in Familien ohne Kinder und mit Kindern. In: Bieback, Karl-Jürgen, Helga Milz (Hg.): Neue Armut. Frankfurt am Main: Campus. S. 148-180.
- Wilson, William Julius (1987): The Truly Disadvantaged: The Inner City, the Underclass and Public Policy. Chicago: University of Chicago Press.
- Zapf, Wolfgang (1994): Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Berlin: Edition Sigma.
- Zwick, Michael M. (Hg.) (1994): Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

- früher: Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“

Die Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* hat einen grundlagenwissenschaftlichen Schwerpunkt in der Analyse des sozialstrukturellen Wandels moderner Gesellschaften und einen anwendungsorientierten Schwerpunkt in der Sozialberichterstattung; die Forschungsaufgaben liegen in der Dauerbeobachtung des sozialstrukturellen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung. Die theoretischen Orientierungen stammen aus der Modernisierungstheorie und der Theorie der Wohlfahrtsproduktion.

MitarbeiterInnen in der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

Prof. Dr. Wolfgang Zapf (Leiter)
Dr. Roland Habich (Koordinator)

Prof. Dr. Horst Berger
Petra Böhnke, Diplomsoziologin
Thomas Bulmahn, Diplomsoziologe
Jan Delhey, Diplomsoziologe

Dr. Katrin Gillwald
Dr. Wilhelm Hinrichs
Dr. sc. Eckhard Priller

Bitte senden Sie mir die folgenden Veröffentlichungen zu
Pro paper bitte **1 DM-Briefmarke** beilegen

- Bitte einen beschrifteten Adressenaufkleber beilegen •

WZB

WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN
FÜR SOZIALFORSCHUNG

Paper-Nr., Autor

Name _____

Institution _____

Straße _____

Ort _____

Datum /
Unterschrift _____

Bestellung bitte einsenden an:

WZB • Abt. Sozialstruktur und Sozialberichterstattung • Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin

Forschungsschwerpunkt III "Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse"

Auswahl der Arbeitspapiere (Stand: Juni 1999)

Abteilungsübergreifend

- FS III 96-301 The Mass Media and Modern Government
Kenneth Newton
- FS III 96-302 Das intermediäre System der Politik als Orientierungssystem der Bürger
Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Dieter Rucht und Bernhard Weßels

Abteilung 1 "Öffentlichkeit und soziale Bewegungen"

- FS III 90-101 Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze.
Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt
- FS III 92-101 Anbieter von öffentlichen politischen Veranstaltungen in West-Berlin.
Barbara Blattert
Nachfrager und wahrgenommenes Angebot von öffentlichen politischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik.
Jürgen Gerhards
- FS III 92-103 Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat), Codebuch.
Dieter Rucht, Peter Hocke und Thomas Ohlemacher
- FS III 93-101 Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.
Jürgen Gerhards
- FS III 93-102 Selbstkontrolle in den Medien: Der Deutsche Presserat und seine Möglichkeiten.
Jessica Eisermann
- FS III 93-103 Prominenz in der Bundesrepublik.
Birgit Peters
- FS III 94-101 Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?
Barbara Blattert, Dieter Rink und Dieter Rucht
- FS III 95-101 A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe.
Ruud Koopmans
- FS III 95-103 German Unification, Democratization and the Role of Social Movements: A Missed Opportunity.
Dieter Rucht
- FS III 95-105 Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994.
Jürgen Gerhards und Monika Lindgens
- FS III 97-101 Citizenship, National Identity and the Mobilisation of the Extreme Right. A Comparison of France, Germany, the Netherlands and Switzerland
Ruud Koopmans and Hanspeter Kriesi

- FS III 98-101 Proteststrukturen im Ost-West-Vergleich 1989 - 1992
Susann Burchardt
- FS III 98-103 Die Branchenstruktur der Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1996. Eine deskriptive Analyse
Simone Wack
- FS III 98-104 Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925-1930
Helmut K. Anheier, Friedhelm Neidhardt und Wolfgang Vorkamp
- FS III 98-105 Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany
Ruud Koopmans and Paul Statham
- FS III 98-106 Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders und Barbara Pfetsch
- FS III 98-107 Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Christiane Eilders und Albrecht Lüter
- FS III 99-101 Government News Management - Strategic Communication in Comparative Perspective
Barbara Pfetsch

Abteilung 2 "Institutionen und sozialer Wandel"

- FS III 91-201 Ein analytisches Schema zur Klassifikation von Politikgehalten.
Edeltraud Roller
- FS III 93-202 Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses.
Dieter Fuchs
- FS III 93-203 A Metatheory of the Democratic Process.
Dieter Fuchs
- FS III 93-205 Mass Media: Political Independence of Press and Broadcasting Systems.
Katrin Voltmer
- FS III 94-201 Democratic Transformation and the Prerequisites of Democratic Opposition in East and Central Europe.
Bernhard Wessels und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 94-202 Cultural Conditions of the Transformation to Liberal Democracies in Central and Eastern Europe.
Dieter Fuchs und Edeltraud Roller
- FS III 94-206 The Evolution of Western Foreign Aid Programs.
Thomas R. Cusack und Joyce P. Kaufman
- FS III 96-201 Political Science: The Discipline.
Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 96-202 Contexts of Political Protest in Western Democracies: Political Organization and Modernity.
Edeltraud Roller und Bernhard Wessels
- FS III 96-203 Problemreich und konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung.
Thomas R. Cusack und Bernhard Weßels

- FS III 96-204 Social Alliances and Coalitions: The Organizational Underpinnings of Democracy in West Germany.
Bernhard Wessels
- FS III 96-205 Abbau des Sozialstaats. Einstellungen der Bundesbürger zu Kürzungen von Sozialleistungen in den neunziger Jahren.
Edeltraud Roller
- FS III 96-206 System Characteristics Matter: Empirical Evidence from Ten Representation Studies.
Bernhard Wessels
- FS III 96-207 Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung.
Dieter Fuchs
- FS III 96-208 Legislative Recruitment in Germany: Professionalization or Political Class?
Bernhard Wessels
- FS III 97-201 Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments.
Thomas R. Cusack
- FS III 97-202 The Electoral Process in the Unified Germany.
Dieter Fuchs und Robert Rohrschneider
- FS III 97-203 Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien
Dieter Fuchs
- FS III 98-201 Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich.
Christian Welzel
- FS III 98-202 Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis.
Hans-Dieter Klingemann
- FS III 98-203 Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes.
Hans-Dieter Klingemann and Richard I. Hofferbert
- FS III 98-204 The Political Culture of Unified Germany
Dieter Fuchs
- FS III 99-201 Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation.
Christian Welzel und Thomas R. Cusack
- FS III 99-202 Analyzing Democratic Change and Stability: A Human Development Theory of Democracy.
Christian Welzel and Ronald Inglehart
- FS III 99-203 Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften.
Dieter Fuchs

Abteilung 3 "Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

- FS III 95-401 Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik.
hrsg. von Wolfgang Seifert

- FS III 95-402 Familie und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik. Rückblick, Stand der Forschung und Design einer Lebensformtypologie.
Karin Schulze Buschoff
- FS III 95-403 Erwerbsverläufe in Ostdeutschland. Einflüsse und Folgen.
Horst Berger, Thomas Bulmahn und Wilhelm Hinrichs
- FS III 95-404 Sozialberichterstattung in und für Deutschland - ein Ziel, zwei Wege? Dokumentation einer Arbeitstagung zu „Sozialreport 1994“ - „Datenreport 1994“.
hrsg. von Roland Habich, Wolfgang Zapf und Gunnar Winkler
- FS III 95-406 Developments in Satisfaction Research.
Ruut Veenhoven
- FS III 95-408 Ökologisierung von Lebensstilen. Argumente, Beispiele, Einflußgrößen.
Katrin Gillwald
- FS III 96-401 Mobilität zur sozialen Teilhabe Älterer.
Heidrun Mollenkopf und Pia Flaschenträger
- FS III 96-402 Lebenszufriedenheit im europäischen Vergleich.
Ingeborg Weller
- FS III 96-403 Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften.
Thomas Bulmahn
- FS III 96-404 Happy Life-Expectancy. A comprehensive measure of quality-of-life in nations.
Ruut Veenhoven
- FS III 96-405 Response Style und Response Set. Eine Längsschnittuntersuchung zu den Zufriedenheits- und Einstellungsfragen im Sozio-ökonomischen Panel.
Jörg-Peter Schräpler
- FS III 96-406 Rethinking Modernization: Legacies of Parsons and Hilbert.
Edward A. Tiryakian
- FS III 96-407 Wohnortwechsel zwischen den Bundesländern im Kontext der Vereinigung.
Wilhelm Hinrichs
- FS III 97 - 401 Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland
Steffen Mau
- FS III 97 - 402 Die Sozialstruktur der DDR. Versuch einer Rekonstruktion auf der Basis einer 1987 durchgeführten soziologischen Untersuchung
Siegfried Grundmann
- FS III 97 - 403 Lebensstile und Wohnverhältnisse
Annette Spellerberg
- FS III 97 - 404 Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland
Nicole Schneider
- FS III 97 - 405 Privathaushalte und Haushalten in Ostdeutschland
Annett Schultz
- FS III 97 - 406 Ein Fall von Car Sharing: Umweltentlastung durch soziale Innovation
Katrin Gillwald
- FS III 97 - 407 Soziologische Forschung in der DDR. Einige Aspekte der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates
Rudi Weidig

- FS III 97 - 408 Sozialindikatorenforschung in der DDR. Wissenschaftstheoretische, forschungsorganisatorische und institutionelle Aspekte
Horst Berger
- FS III 97 - 409 Wohnbedingungen und ihre subjektive Wahrnehmung in Ostdeutschland 1990-97
Wilhelm Hinrichs
- FS III 97 - 410 Arbeitszeiten - Wunsch und Wirklichkeit in Ost- und Westdeutschland
Karin Schulze Buschoff
- FS III 97 - 411 Ein Suchen und Sichfinden im Gestern und Heute. Verändern die Ostdeutschen ihre Einstellungen und Haltungen zur Demokratie und gesellschaftlichen Mitwirkung?
Eckhard Priller
- FS III 98 - 401 Inequality and Support for Redistributive Policy: One World of Post-Communism, Two Worlds of Western Capitalism?
Jan Delhey
- FS III 98 - 402 Über die Möglichkeit einer kontinuierlichen und zügigen Fortsetzung des chinesischen Modernisierungsprozesses
Li Pengcheng
- FS III 98 - 403 Lebensstile im Zeitvergleich: Typologien für West- und Ostdeutschland 1993 und 1996
Annette Spellerberg und Regina Berger Schmitt
- FS III 98 - 404 Teilzeitbeschäftigte in Europa. Arbeitsbedingungen, Familienkontext, Motive und subjektive Bewertungen
Karin Schulze Buschoff und Jana Rückert
- FS III 98 - 405 Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich. Welche Faktoren beeinflussen Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche?
Karin Schulze Buschoff, Inge Weller und Jana Rückert
- FS III 98 - 406 Rette sich, wer kann? Die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung und die Privatisierung der Altersvorsorge
Thomas Bulmahn
- FS III 98 - 407 Taking Stock: German Unification as Reflected in the Social Sciences
Thomas Bulmahn
- FS III 99 - 401 Wohnurbanisierung am Beispiel Berlin. Ein Erklärungsrahmen
Wilhelm Hinrichs
- FS III 99 - 402 Income Dynamics in Three Societies. An investigation of social dynamics using „old“ and „new“ types of social indicators
Zsolt Spéder, Roland Habich
- FS III 99 - 403 Inequality and Attitudes. Postcommunism, Western Capitalism and Beyond
Jan Delhey
- FS III 99 - 404 Social Reporting in the 1970s and 1990s
Wolfgang Zapf
- FS III 99 - 405 New Structures of Inequality. Some Trends of Social Change in Modernized Societies
Heinz-Herbert Noll
- FS III 99 - 406 Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. Individuelle Dynamik und Haushaltskontext im Ländervergleich
Karin Schulze Buschoff unter Mitarbeit von Jana Rückert-John

FS III 99 - 407 Komparative und nicht-komperative Ansätze zur Analyse der Europäisierung der
Sozialstrukturen
Bernhard Schäfers

Bitte die nächste Seite beachten!
See the following page, please!

Die Arbeitspapiere können bestellt werden/The discussion papers can be ordered:

Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Pressestelle
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Bestellungen von Arbeitspapieren: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die Arbeitspapiere vom WZB anfordern, eine **1 DM-Briefmarke pro Papier** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte Arbeitspapier einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von Arbeitspapier per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie Ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit Ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen - wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahme unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for Papers

We ask for a 1 DM-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are kindly requested to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.

